

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboptionspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.25 M., bei Selbstabholung 1.25 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 M., für 1 Monat 1.25 M. (Besiegeld vierteljährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.). — Feldpost unter Strengband monatlich 1.25 M. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 12608.

Inserate lösen die 7gesparte Pauszeile oder deren Raum 20 Pf. bei Platzvorschreit 35 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilauslage 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Rücktritt des österreichischen Ministeriums.

Kabinettswchsel in Österreich.

Das österreichische Ministerium von Seidler ist zurückgetreten. Sein Rücktritt wurde schon wochenlang vorausgesagt, und bereits in den Tagen des österreichischen Massenstreits wurde er jährlich als Tatsache gemeldet. Das Kabinett Seidler hat sich länger gehalten, als ihm bei seinem Amtsantritt prophezeit wurde. Es trat als reines Beamtenministerium an die Stelle des Kabinetts Clam-Martinic, nachdem der Versuch, ein Koalitionsministerium zu bilden, gescheitert war. Entsprechend seinem Charakter suchte das Kabinett Seidler zu lavieren zwischen den streitenden Parteien, ohne weder auf der einen noch auf der andern Seite einzutreten. Mit dieser Politik hat es diese Regierung jedoch schließlich mit allen verdorben. Die parlamentarische Mehrheit, auf die sie sich stützte, wechselt, je nachdem die Regierung ihren Kurs bald nach der einen, bald nach der andern Seite orientierte. Sie trat den staatsrechtlichen Forderungen der Tschechen entgegen, doch nicht so scharf, daß sie die deutsch-nationalen Parteien zufriedengestellt hätte. Sie vermochte nicht die schwierigen Ernährungsfragen zu lösen, trotzdem ihr drei ehemalige Professoren der Nationalökonomie angehörten. Infolge der ständig wachsenden Misstimming in Österreich zog sie sich die Gegnerschaft des Ministeriums des Neuherrn zu, dem die Misstimming in Österreich die politischen Pläne störte. Der österreichische Massenstreit hat namentlich diesen Kreisen Anlaß gegeben, alle Schuld der Unfähigkeit des Kabinetts von Seidler anzuschließen. Das Kabinett von Seidler ist nun endlich zurückgetreten. Sein Rücktritt fällt in eine Situation, die diesem Rücktritt mehr Bedeutung gibt, als ihm sonst hätte zugemessen werden müssen.

Das Ministerium von Seidler hat den Vertretern der streitenden österreichischen Arbeiterschaft die entgegengesetzten Zusicherungen gegeben, die die Arbeiter bewogen, den Streik einzustellen, nachdem ihre hauptsächlichsten Forderungen erfüllt waren. Wird die Regierung, die an die Stelle der zurückgetretenen treten wird, diese Zusicherungen halten? Der Rücktritt des Kabinetts Seidler erfolgt unmittelbar nach der Beendigung der Berliner Besprechungen. Wir ver sagen es uns, Kombinationen darüber anzustellen, ob dieser Rücktritt etwa mit dem Ergebnis der Berliner Besprechungen zusammenhängt. Wir beschränken uns darauf, die politischen Ereignisse zu verzeichnen, die den Anschein hervorrufen, daß die Zusicherungen, die von der gestürzten Regierung gegeben wurden, nicht gehalten werden könnten.

Unmittelbar nach der Beendigung der Berliner Besprechungen hat in der deutschen bürgerlichen Presse eine Hebe gegen die Bolschewiki-Regierung in Petersburg eingesetzt, die den offensiven Zweck verfolgt, die Stimmung in Deutschland auf den Abbruch der Friedensverhandlungen mit Russland vorzubereiten. Dieselbe Erscheinung zeigt sich auch in Ungarn. Der Führer der neuen Regierungspartei, Graf Andrássy, hat im Parlament eine Rede gehalten, die denselben Zwecken dienen soll. Graf Czernin hat von der österreichischen wie von der ungarischen Delegation ein Vertrauensvotum erhalten. Von der österreichischen Delegation auf Grund seiner Erklärung, daß am österreichisch-ungarischen Annexionswillen die Friedensverhandlungen mit Russland nicht scheitern würden. Nach der Erklärung des Führers der ungarischen Regierungspartei muß man annehmen, daß die Ungarn in der Politik Czernin nicht gerade den Verzicht auf den Machtfrieden erblicken. Es besteht also ein Gegensatz zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung von der Politik des gemeinsamen Ministers des Neuherrn. Seine Erklärung während des Streiks in Österreich erfordert, den angezeigten Friedenswillen der Russen zu erproben durch ein ehrliches Angebot in Brest-Litowst, das auf alle, auch verhüllte Annexionen im Osten wie auf alle „Grenzfürscherungen“ verzichtet. Die Stellungnahme der neuen ungarischen Regierungspartei spricht jedoch vielmehr für ein Ultimatum an die Russen im Sinne der deutschen Machtpolitiker.

Die Haltung, die der Minister des Neuherrn einnehmen wird, muß auf die Verhältnisse in Österreich rückschlüsse. Er hat zum Sturz des Kabinetts Seidler beigetragen, weil er von der Wirkung der Politik dieser Regierung im Innern Hemmungen für die äußere Politik befürchtete. Der Stand der neuen Regierung in Österreich muß sehr schwierig werden, wenn der Minister des Neuherrn in Brest-Litowst eine Machtpolitik vertreibt nach dem Muster der deutschen Regierung und der deutschen Obersten Heeresleitung. Denn die Ereignisse der letzten Zeit haben deutlich gezeigt, daß

eine solche Machtpolitik von der Mehrheit der österreichischen Parteien nicht gebilligt wird. Der Grund zu neuen Differenzen zwischen der Regierung, die auf das Kabinett Seidler folgt, und dem Ministerium des Neuherrn wäre dann leicht gegeben.

Als Nachfolger des Ministerpräsidenten von Seidler wird der Minister des Innern, Graf Toggenburg, genannt. Wie sich sein Kabinett zusammensetzen wird, darüber liegen noch keinerlei Meldungen vor. Die Aussichten für seine Regierung sind nicht günstiger als es seinerzeit die Aussichten für das Kabinett Seidler waren. Die Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage sind heute in Österreich sehr groß, ungleich größer als seinerzeit beim Amtsantritt der Regierung Seidler. Die tschechische Frage hat sich so zugespielt, daß bereits die Verhandlungsfähigkeit des Abgeordnetenhauses in Frage gestellt sein soll. Was dann, wenn dies eintritt? Nach der Methode Stürgkh zu regieren, daran kann heute in Österreich niemand mehr denken. Die Regierung von Seidler hat alle Konflikte vermeiden wollen, und ist gerade deshalb gestürzt. Die Parteinahe bei den bestehenden Konflikten würde jedoch die Situation für eine neue Regierung nicht günstiger machen.

Wien, 7. Februar. Das Abgeordnetenhaus setzte die Generaldebatte über den Staatshaushalt fort. Am Sitzungsschluß erklärte Präsident Dr. Groß, er habe soeben vom Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler die Mittelung erhalten, daß die Regierung dem König ihre Demission überreicht habe. Da die Regierung sich sonst im statu demissionis befindet, bleibe nach konstitutionellem Brauche nichts anderes übrig, als vorläufig die Sitzung des Hauses zu vertagen. Die nächste Sitzung werde auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, die Demission der Regierung sei auf einen Beschluß des Polenklaus' zurückzuführen, der sich sowohl gegen den Eintritt in die Spezialdebatte wie gegen ein zweimonatiges Budgetprovisorium aussprach, wodurch die Majorität für das Budget in Frage gestellt worden sei.

Tschechische Obstruktion?

Wien, 8. Februar. (Tschechien.) Da die Regierung den deutsch-tschechischen Abgeordneten die Erfüllung der jahrzehntelang geteilten Forderung auf Errichtung eines reinen österreichischen Reichsrats in Trautmann im Verordnungswege angelobt hat, drohen die Tschechen mit den schärfsten parlamentarischen Mitteln. Die Deutschen des Trautmanns Bezirks gehörten bisher zu dem tschechischen Kreisgrafschaftspregel Königgrätz-Gitschin.

Die Trautmanns Alliierte droht eine strikte Wendung anzunehmen, da die Tschechen sie als Kriegshall bezeichnen und mit einer Säumung des Abgeordnetenhauses drohen.

Die Bremse gegen das gleiche Wahlrecht.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus wird uns geschrieben: Die Unterkommission, der die Ausgabe zugeschlagen war, die Wünsche der Konservativen, den Zentrums und der Nationalliberalen in Bezug auf die Zusammenstellung des Herrenhauses zu einem allgemein einigermassen befriedigenden Kompromisse zu vertragen, hat ihr Werk am Mittwoch der Verfassungskommission vorgelegt und den zustimmenden Beschluss ihrer Auftaggeberin gefunden. Nur einige Ergänzungen liegen diese den Vorschlägen des Unterausschusses hinzu, die großen Richtlinien blieben unverändert.

Nach den Beschlüssen der Verfassungskommission sollen die nach den Paragraphen 4 und 5 der Regierungsvorlage in Aussicht genommenen Vertretungen im Herrenhause so aussehen: Auf Grund von Präsentation sind zu berücksichtigen 48 Vertreter der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern, dazu zwei weitere Vertreter der Stadt Berlin, 24 Vertreter der übrigen Städte und der Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, 24 Vertreter der Provinzen, ein Vertreter der Hohenloherischen Lande, 24 Vertreter der ländlichen Selbstverwaltung, 48 Vertreter solcher Landsgüter, die sich seit 50 Jahren im Besitz derselben Familie befinden, 24 weitere Vertreter der Landwirtschaft, 24 Leiter großer Industrie- und Handelsunternehmungen, 18 Vertreter des Handwerks, 18 Vertreter der Hochschulen und 16 Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche. Und zu diesen insgesamt 202 Vertretern, die der Unterausschuss vorgeschlagen, kommen nach dem Beschuß der Kommission noch weitere 52, die sich folgendermaßen verteilen: 16 Vertreter der Arbeiter, 12 Vertreter

der Privatangestellten, 6 unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte, 6 Vertreter der höheren und mittleren Schulen, Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten, 6 Angehörige der übrigen gelehrt Berufe, 3 Angehörige technischer Berufsstände, 3 Vertreter der Künstler, Schriftsteller und Journalisten.

Man sieht: eine reaktionärere Zusammensetzung dieses nach dem Wort des Zentrumsgroßen Strachwitz zur „Bremse“ der „radikalen“ Politik des neuen Abgeordnetenhauses bestimmten Herrenhauses ist nicht gut denkbar. Junkertum, Großbourgeoisie und ihre Trabanten beherrschen souverän die neue „Erste Kammer“, wie man das preußische Oberhaus künftig wohl nennen wird, da selbst die Konservativen den das demokratische Massenempfinden allzu brutal verlebenden Namen „Herren“-Hauses befreit zu lehnen wünschen. Den Junkern kommt es ja auf die Sothe selbst an, nicht auf den Namen. Und mit der Sothe selbst können sie nach den leichten Beschlüssen des Verfassungsausschusses außerordentlich zufrieden sein. Denn wenn die bestehende Klasse des Hauses zu seinem sichersten Bollwerk ausgebaut hat, so führen doch wieder das Junker- und Agrarrium in dieser Gestalt das Kommando. Industrie und Handel werden zwar als Bündestruppen geduldet, aber die beherrschende Vorherrschaft bleibt wie ehemals die „Eselsten und Besten“. Sie haben sich — unter Einrechnung der 80 Erlaubten, die nach dem § 3 dem Hause angehören sollen — nicht als hundert direkte Standesvertreter geschafft, und was ihnen an der Majorität fehlt, können sie mit Recht an Zuzug aus den Vertretungen der Landgemeinden, der Provinzen, der ländlichen Selbstverwaltungen, des Handwerks, der Kirche, der Hochschulen usw. erwarten. Indem wird der reaktionäre Block zwischen Agrarern und Schloßbaronen ohnehin fest und dauernd gejüngt sein. Die Leiter der großen Industrie- und Handelsunternehmungen und die Herren Oberbürgermeister über sonstigen Ständevertreter werden sich in Fragen der Steuer- und Arbeitspolitik schwerlich mit den Junkern entzweien, und auch in Fragen der Kulturpolitik, in Schul- und Kirchenfragen, werden sie frei sein von aller radikalen Neuerungssucht. Eine kompakte Meinungskontrolle oder doch wenigstens Achtungsmehrheit wird die unerschütterliche Stetigkeit des unrealistischen Preußenkurses garantieren, wenn schließlich dieses Herrenhaus, wie es die Kommission nunmehr in der Hauptsache beschlossen, politisch aufzusteht kommt und mit den geplanten weitgehenden, jede Selbständigkeit Politik des Abgeordnetenhauses ausschließenden Befreiungen ausgestattet wird.

Haben ja so Junker und Großbourgeoisie in dem neuen Hause breit und behaglich einquartiert, so sind den übrigen Ständen und Klöstern fast nur dürtige Bodenlämmchen eingeräumt worden. Am besten sind noch diejenigen Kreise gefahren, die die Bewohner der Unterkreise als ihre willkürlichen Handpfeile zu betrachten gewohnt sind: die Hochschulen und die Kirche. Thron und Altar gehören ja seit Alters zusammen, so daß es nicht wunder nimmt, wenn die Junker der Geistlichkeit volle 16 Sitze eingeräumt haben. Ganz dürfte es in Preußen kaum mehr als 15 000 Geistliche beider Konfessionen geben, die obendrein schon innerhalb des Abgeordnetenhauses — im Zentrum, bei den Polen, den Konservativen, aber auch beim Freiheit (u. a. Herr Traub!) — überreichlich vertreten sind; allein die stottrisch vertriebenen und subventionierte Kirche ist eine viel zu schädige Hilfsmittel der Reaktion, als daß es nicht auch im Hause der Herren eine so starke Vertretung eingeräumt worden wäre. Und da die offizielle Wissenschaft sich auch gerade während des Krieges wieder als nicht minder zuverlässige Stütze der herrschenden Politik erwiesen hat, bestanden leider viele Vertreter der Unterkreise hinzu, die großen Richtlinien blieben unverändert.

Nach den Beschlüssen der Verfassungskommission sollen die nach den Paragraphen 4 und 5 der Regierungsvorlage in Aussicht genommenen Vertretungen im Herrenhause so aussehen: Auf Grund von Präsentation sind zu berücksichtigen 48 Vertreter der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern, dazu zwei weitere Vertreter der Stadt Berlin, 24 Vertreter der übrigen Städte und der Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, 24 Vertreter der Provinzen, ein Vertreter der Hohenloherischen Lande, 24 Vertreter der ländlichen Selbstverwaltung, 48 Vertreter solcher Landsgüter, die sich seit 50 Jahren im Besitz derselben Familie befinden, 24 weitere Vertreter der Landwirtschaft, 24 Leiter großer Industrie- und Handelsunternehmungen, 18 Vertreter des Handwerks, 18 Vertreter der Hochschulen und 16 Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche. Und zu diesen insgesamt 202 Vertretern, die der Unterausschuss vorgeschlagen, kommen nach dem Beschuß der Kommission noch weitere 52, die sich folgendermaßen verteilen: 16 Vertreter der Arbeiter, 12 Vertreter

Gehörd Universitäten und Kirche zu den privilegierten Schichten, so wurden die Lehrer, die technischen Berufe, die Künstler und die Literaten um so häufiger abgesetzt. Die sämtlichen höheren und Volksschullehrer, insgesamt ein paar tausend Männer, wurden mit 6 Vertretern abgesetzt, kann mehr als einem Drittel der Vertreterzahl, die man der Kirche eingeräumt hatte. Aber die Lehrer sind ja auch schon weit nüchternen konzentriert. Ebenso sind es mit den Ingenieuren und Technikern und mit dem angewandten Volksschulen der Künstler und Schriftsteller. Drei Vertreter für sie be-

trachtet man als völlig ausreichend. Die Leute platzte ein zünftiger Ständedinkel, doch auch in der neuen Ständekammer vertreten sehn zu wollen. Schön, man gab Ihnen mit nachstichtigem Lächeln die drei Ratsmandatsträger. Nun werden sie, glaubt man wohl, sich so erhoben fühlen, wie auf den Preßballen, wenn Exzellenzen sie mit ihrem Recht beehren, und noch dientstreicher für Verbreitung stranerer Untertanungsinformationen sorgen!

Am allerlächerlichsten ist die Vertretung der Arbeiter ausgesetzt. Die Klasse, die weitauß die Mehrheit des Volkes repräsentiert, deren breite Pyramide Staat und Gesellschaft trägt, soll ganze 16 Vertreter bekommen, genau ebensoviel, wie die wenigen hundert Professoren oder die paar tausend Pfarrer. Herr Hetsch, der Regierungssozialist, hat mit seinem schönen Auftrag, für die Vertretung der Arbeiterschaft die dreizehn-mystische Zahl von 111 zu wählen, einen Bombensieg davongetragen. Sechzehn statt hunderts! Obendrein: wären es 111 gewesen — das Herrenhaus wäre darum um keinen Cent weniger ein Vollwerk der Reaktion geworden. Mit diesem Herrenhaus, diesem System der hinterhältigen Durchkreuzung des gleichen Wahlrechts gibt es nun einmal kein Paketieren!

Der Schein und das Wesen.

Die rechtsstehende Presse hält es bereits für ausgemacht, daß die Regierungssozialisten ihrer Politik vom 4. August 1914 unten werden und ins Oppositionslager abschwören würden. Auch einige Blätter der Reichstagamme von der Null-Resolution äußern ihre schweren Bedenken, ob es noch möglich sei, mit den Scheidemännern nach den Streitereignissen der vorigen Woche zusammenarbeiten. An einigen Zentrum- und mehreren liberalen Blättern findet man allerdings Ausführungen, die das Verhalten der Regierungssozialisten in ein milderes Licht zu stellen sich bemühen. So sagt die Germania in einem Artikel: Gedenken zum Streit, daß nicht bloß die Massen der Streitenden, sondern wahrscheinlich auch die meisten von denen, die für den Streit waren, nicht gewußt hätten, daß sie die Geschäfte des Feindes besorgten. Dann macht das Blatt die folgenden Vermutungen, nachdem es behauptet hat, daß die österreichischen Arbeiter für ihre Bewegung eine zwar objektiv falsche, aber subjektiv doch immerhin begreifliche Erregungsursache gehabt hätten:

„In Deutschland waren gerade jetzt Mißverständnisse gleicher oder ähnlicher Art völlig ausgeschlossen. Dazu jedoch erst hat der Hauptausschuss des Reichstages eine eingehende Befragung der Friedenspolitik der Regierung vorgenommen, und ist dabei zu dem klaren und eindeutigen Ergebnis gelangt, daß die Durchführung der Friedensbestrebungen seitens der Reichsregierung vollkommen mit den Wünschen und Absichten der Reichstagamme übereinstimmen. Die Regierungspolitik hat also die formelle Sanktion der Volksvertretung (und zwar der Volksvertretung des allgemeinen Wahlrechts) erhalten. Selbst wenn die Sozialdemokratie diese Sanktion nicht billigte, mußte sie sich nun mutigen sich die hinter ihr stehenden Volkskreise noch den überwundenen dem klar ausgesprochenen Mehrheitswillen unterwerfen. Nun hat aber die Sozialdemokratie sich bei den Hauptausschusshörerungen gar nicht von der Mehrheit getrennt; sie hat zwar im einzelnen Kritik geltet, wie andre Parteien auch, im ganzen aber keine Opposition gegen die gemeinsame Friedenspolitik der Regierung und der übrigen Mehrheitsparteien angekündigt. Sie und die von ihr vertretenen Kreise können deshalb nicht einmal die gerade vom demokratischen Standpunkt überaus zweifelhaften Rechte einer frondierenden Minderheit in Anspruch nehmen.“

Diese Darstellung ist ohne Zweifel richtig. Die Kritik der Scheidemänner hat sich bisher nur gegen manche Neuerlichkeiten gerichtet. Sie haben die Politik der Reichstagamme mitgemacht, sie haben mit ihrer Behauptung, daß die Regierung in der Friedenspolitik nur den Wunschen des Reichstagsblocks folge, die Verantwortung für diese Politik mit übernommen. Wenn die Regierungssozialisten jetzt in ihren Veröffentlichungen von der massiven Haltung der Regierung in der Friedensfrage sprechen, so muß dazu gesagt werden, daß die Scheidemänner einen Hauptteil der Schuld daran tragen. Haben sie nicht bisher alle Reden der Regierungsveteranen, von Bethmann anfangen über Michaelis bis zu Hartung und Althünn, so ausszudeuten versucht, als ob nur die deutsche Regierung den Willen zu einer baldigen Beendigung des Krieges auf den Grundlage einer Verständigung der Völker hätte, und daß es an den bösen Ententegegnerungen läge, wenn der Friede noch immer nicht zustände kommen sollte?

Auch sonst sind die lebigen Erklärungen der Scheidemänner über die Gründe, die zum Ausbruch der Arbeiterbewegung in Deutschland geführt haben, weit davon entfernt, ein klares Bild über die Lage in Deutschland zu geben. Besonders eifrig wird von ihnen auf das Treiben der Reaktion und der Deutschen Vaterlandspartei hingewiesen, daß eine so starke Erregung unter den Arbeitersmassen hervorgerufen habe, und es wird behauptet, daß alle Maßnahmen und Warnungen der Scheidemänner ungehört verhallt seien. Man darf jedoch dabei nicht vergessen, daß das, was man jetzt unter Reaktion versteht, nicht so großen Umfang angenommen hätte, wenn ihr nicht die Politik der Abhängigen eine so schiere Grundlage gegeben hätte. So sagt man, daß die Reaktion im preußischen Dreiklassenhaus die preußische Wahlreform zu verhindern sucht. Hat aber nicht ein Heilmann, der Wortsührer des einflussreichen Teiles der Regierungssozialisten, sich energisch dagegen gewandt, daß man während des Krieges die Wahlreform in Preußen aufzustande bringe? Haben nicht die Scheidemänner offiziell und inoffiziell oft genug erklärt, daß es leicht gelte, über den äußeren Feind einen glorreichen Sieg zu erringen, daß man mit den Reformen im Innern und dem Neuausbau des Reichs warten müsse, bis die Kriegsgefahr zu Ende sei und den Feldgrauen aus den Tschühengräben die Möglichkeit eröffne, an den Entscheidungen darüber mitzuwirken? Ist es nicht oft genug gesagt worden, daß die deutschen Arbeiter nur ihre Pflicht gegenüber ihrem Vaterlande täten und nicht daran dächten, Belehrungen in Form politischer Reformen entgegenzunehmen?

Und wenn man aus den Nischen der Regierungssozialisten jetzt so bewegliche Klagen über das Treiben der Vaterlandspartei hört, so muß doch daran erinnert werden, daß es bei ihnen nicht wenig Lust gibt, die in ihren Kriegszielen durchaus mit den Annexionspolitik der Vaterlandspartei übereinstimmen. Wie erinnern an die Grenzsteinverfestigungstheorie der Herren Scheidemann und Haenisch, wir denken an die gegen England gerichtete Niederwerfungstrategie der Herren Leutze und Cöster; von den vielen offenen Annexionsplänen im Lager der Regierungssozialisten ganz zu schwelen. Wie kann man sich gegen die Vaterlandspartei wenden, wenn deren Belehrungen im eigenen Lager stehen?

Wir erwarten nicht, daß die Regierungssozialisten ihre Politik in der nächsten Zeit ändern werden. Vielleicht werden sie sich von ihren Blöckenossen die Erlaubnis erwerben, den Mantel mehr als bisher in den Wind der Opposition zu hängen; das Zentrum hat in jüngst Erzählungen darin, es wird sicherlich den Scheidemännern gute Lehren darüber zu geben wissen, wie man es anfängt, um die Opposition in den eigenen Reihen zu beschwichtigen. Am ganzen aber wird es bei der bisherigen Politik bleiben; man wird wie bisher den Schein für das Wesen nehmen, und den Massen auch weiterhin vortäuschen lassen, als ob die „Erungenschaften des Krieges“ nur durch die Unterstützung der bürgerlichen Politik gesichert werden könnten.

Die Revolution in Finnland.

Der Kampf in Nordfinnland.

Stockholm, 6. Februar. Nach Telegramm an die hierige finnische Gesandtschaft sind im Kampfe bei Uleaborg 200 russische Soldaten, 150 Note, 40 Weiße Gardisten gefallen. Remi ist von den Regierungstruppen eingenommen. Am 6. Februar, 5 Uhr nachmittags, begann der Kampf in Tornio.

Wiborg von der Weißen Garde bedroht.

Petersburg, 5. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Generalstab in Wiborg hat die Mitteilung erhalten, daß sich der Generalstab der Weißen Garde in Karhula befindet. Abteilungen der revolutionären finnischen Truppen wurden aufs Land geschickt; sie umringten die Siedlung der Bürgerlichen und verhafteten diese alle.

Petersburg, 5. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Generalblätter melden: Die finnische Weiße Garde, die von der Roten Garde aus der Gegend von Wiborg nach Norden gedrängt worden war, hat sich dort wieder gesammelt und nach Eintreffen bedeutender Verstärkungen die Offensive eröffnet. Sie bedroht Wiborg ernstlich, dessen Garnison Wohnnahmen zur Verteidigung der Festung getroffen hat. Die Eisenbahnverbindungen sind abermals unterbrochen. Der Zug, in dem Kommandeur und Soldat reisten, um sich nach Frankreich und der Schweiz zu begeben, konnte nicht über Tammerfors hinaus gelangen.

Ein Sieg der Roten Garde.

Petersburg, 6. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Tammerfors wurde am 4. Februar eingeschlossen. Am 5. Februar morgens begann ein blutiger Kampf, der mit dem vollständigen Sieg der Roten Garde endete. Die von Mannerheim befehlte Weiße Garde wurde nach Norden zurückgeworfen. Sie zieht sich gegen die Westküste des Finnischen Meerbusens zurück und wird von der Roten Garde verfolgt. Tammerfors wurde von zehntausend Mann Weiher Garde verteidigt. Die Verluste auf beiden Seiten sind beträchtlich.

Die Lage in Russland.

Keine Verbindung Brest-Litowsk-Petersburg.

Petersburg, 6. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Seit vier Tagen sind die direkten telegraphischen Verbindungen mit Brest-Litowsk unterbrochen und bisher ist keine amtliche Meldung über die Friedensverhandlungen veröffentlicht worden.

Trennung von Kirche und Staat.

Petersburg, 5. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Ein Erlass über die Gewissensfreiheit der religiösen Gesellschaften, Trennung von Staat und Kirche, Abschaffung aller Vorrechte, die sich auf das Glaubensbekenntnis begründen und aller Verbrennungen der Gewissensfreiheit verhindert vollkommen Freiheit der religiösen Arien, sowohl sie nicht die bürgerlichen Rechte und die öffentliche Ordnung berühren. Niemand darf seine bürgerliche Pflicht unter Verlängerung auf seine religiöse Überzeugung vernachlässigen. Es ist erlaubt, die bürgerliche Pflicht durch eine andere, vom Volksgericht genehmigte, zu erfüllen. Der religiöse Eid wird abgeschafft und durch eine seelische Versicherung ersetzt. Die Eintragung der Eheschließungen und Geburten geht auf die bürgerliche Behörde über. Die Schule wird von der Kirche getrennt. Der obligatorische Religionsunterricht wird aufgehoben. Alle kirchlichen und religiösen Gesellschaften genießen keine Sonderrechte oder Unterstützung von Seiten des Staates und besitzen kein Eigentum. Alle Gläser in ihrem Besitz werden als Volksgegenstand erklärt. Gebäude und Gegenstände, die dem Kultus dienen, gehen an die religiösen Gesellschaften zu kostenlosem Gebrauch über.

Petersburg, 5. Februar. Auf das Dekret betreffend die Trennung von Staat und Kirche haben die kirchlich gesetzten Kreise ziemlich lebhaft reagiert. Der Patriarch von Moskau hat die Bolschewiki mit dem großen Kirchenbann belegt. Am letzten Sonntag sandten von allen Kirchen aus seelische Prozessionen statt, die sich mit Fahnen und Kronen schlicht alle vor dem Alexander-Nevski-Kloster zu einem Massen-Sühne-Gottesdienst versammelten. Die Zahl der Teilnehmer wird an die 100 000 geschätzt. Die eindrucksvolle Protestundgebung wurde von gegnerischer Seite nicht bestört.

Die Verstaatlichung der Betriebe.

Petersburg, 5. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Staat der Volksbeamten beschlagnahmt durch einen Sondererlaß die Werkstätten der Petersburger Gesellschaft für elektrische Leitungen und die Fabrik für militärische Ausstattungsgegenstände von Marxischewitsch.

Bon der baltischen Flotte.

Berlin, 6. Februar. Einem russischen Funkspruch zufolge sind die Schiffskomitees und Schiffskommandanten der baltischen Flotte ausgesetzt worden, den Schutz der Schiffe zu verstärken. Die Schiffe sollen nachts mehrmals revisiert werden. Der Chef der Wache soll Maßnahmen zur Erhöhung der Wachsamkeit der Nachtwachen ergriffen.

Funksprüche der ukrainischen Zentralrada.

Berlin, 6. Februar. Der Vorsitzende der Rada des 26. Korps hat nach Kiew an die Zentralrada folgenden Funkspruch gerichtet:

„In dieser historischen Zeit, wo die ukrainische Nation an der Schwelle eines langsehnten Friedens und der Freiheit steht, will (die Bande?) der Gewalttäter gegen die Revolution und gegen die heilige Sache des Ukrainischen Volkes in der Person des Hauptes der Charlower neugebildeten Regierung die Macht und die Friedensangelegenheiten aus den Händen unserer Ernährer der Zentralrada reißen. Am höchsten Maße erbost über diese Gewalttat, erklärte das 26. Korps im Namen von 50 000 Kosaken laut, daß es eine folsche Misshandlung der Ukraine seitens der Knechte des B. K. nicht dulden wird und auf den ersten Auf der Zentralrada andrücken wird. Es wird eher als Heldentatleiste auf dem Felde bleiben, aber alle Gewalttäter Bolschewiki werden aus der Ukraine hinausgeschafft.“

Ein weiterer Funkspruch besagt: Der Aufstand der Bolschewiki in Kiew ist dabei, gänzlich liquidiert zu werden. Das Stadtzentrum ist von Bolschewiki gänzlich gesäubert, nun auf ... dauert schwades Feuergefecht an. Alle Regierungsanstalten, der Bahnhof, das Arsenal sind von Ukrainern besetzt. Die Bolschewiki haben bedeutende Verluste erlitten, die Verluste der Ukrainer sind sehr unbedeutend. Die Zentralrada überträgt Holubowic die Bildung eines neuen Ministerkabinetts. Er besteht aus Kabinett folgende Persönlichkeit: Nemolowitsch als Kriegsminister, Tatschewitsch (?) als Justizminister, Dracik (?) als Minister des Innern (?), Antonowitsch als Marineminister, Petropolski als Finanzminister, Ternitschko (?) als Landwirtschaftsminister (?), Stowalowitsch als Verkehrsminister, Tschatschenko

Gründung der sibirischen Tuma.

Petersburg, 5. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) In Tomsk ist die sibirische Tuma eröffnet worden, die für die Vernunft der sibirischen Gesetzgebende Versammlung die volkssichere Kavalkade in ganz Sibirien ausüben wird. Sie zählt 300 Mitglieder, Vertreter der Semiwos, Städte, Gemeinschaften und der Sibirien bewohnenden Völkerstaaten, sowie Vertreter des Eisenbahns und Postbeamten und anderer öffentlicher Einrichtungen.

Kämpfe zwischen Japanern und Russen.

Stockholm, 8. Februar. Nowaja Schijna meldet aus Vladivostok, daß heftige Kämpfe zwischen den ausgeschickten japanischen Truppen und der Roten Garde stattgefunden haben. Es heißt, Russland bereite ein Ultimatum an Japan vor. (Telefon.)

Vom Tage.

Der Kampf gegen den Schleichhandel soll nach einer offiziellen Meldung bald mit verstärkter Kraft aufgenommen werden. Es wird — ein besonderes Gesetz gegen den gewerblichen Schleichhandel geschaffen werden. Der Bundestag wird sich demnächst mit dem Entwurf beschäftigen.

Schön früher hätten die Preisabschlagsstellen versucht, gegen den gewerblichen Schleichhandel vorzugeben, einen Erfolg hätten sie dabei indessen nicht erzielen können. Nunmehr erhöhen die wachsenden Stellen, daß die neuen Bestimmungen jeden Schleichhandel in Zukunft insofern der Höhe der Strafen völlig unterdrücken. Nach dem Gesetzesentwurf sollen strafrechtlich verfolgt werden alle gewerblichen Schleichhändler, die vorzähliglich eine Gesetzesbestimmung verletzen. Als Strafe wird unter allen Umständen Gefängnis und daneben noch eine Geldstrafe bis zu 100 000 Mark vorgeschrieben. Darüber hinaus kann die Einziehung der Ware, mit der die strafbare Handlung begangen ist, verfügt werden. Wird ein Schleichhändler zum dritten mal beim gewerblichen Schleichhandel zur Anzeige gebracht, so kann das Gericht nur noch auf Suchthaus und daneben auf Geldstrafe und Einziehung der Ware erlennen.

Darüber hinaus sind noch besondere Maßregeln in Aussicht genommen, die das Abschließen beschlagnahmter Ware in andres Kanäle in Zukunft völlig unterdrücken sollen. (?) Hierüber werden der Öffentlichkeit wohl in der nächsten Zeit Einzelheiten anzugeben.

In der halbamtlichen Mitteilung wird auch die Frage aufgeworfen, wieviel Personen sich zur Zeit gewerblich mit dem Schleichhandel beschäftigen. Das lasse sich, wird gesagt, auch nicht annähernd schätzen. Aber gewisse Anhaltspunkte deuten darauf hin, daß es mehrere hunderttausend sein müßten. Zu einem Teil seien es Kleinhändler, die sich in früheren Zeiten mit dem An- und Verkauf von Lebensmitteln beschäftigt hätten, zu einem Teil Kleinkaufleute, die von früher her noch „Beziehungen“ hätten. Die Tätigkeit der Schleichhändler habe aber in dem lebhaften Umfang derartig bedeutsame Folgen, daß dadurch das ganze Ernährungsprogramm der Regierung gestört werden könnte. Denn dadurch, daß diese mehrere hunderttausend Schleichhändler ständig verschließen, Ware der öffentlichen Bewirtschaftung zu entziehen, werde die Menge, die den amtlichen Stellen zur Verfügung stehe, ungewöhnlich verkürzt, und es würden so Lebensmittelversorgungen hervorgerufen, die durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht begründet seien. Es werde der Regierung unmöglich gemacht, die gerechte und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung durchzuführen.

Wir haben natürlich gegen die schärfste Verfolgung der gewerblichen Schleichhändler nichts einzuvenden. Aber keine Unzulänglichkeit darf darüber aufkommen, daß das Strafgesetz allein nicht eine Besserung der Lebensmittelversorgung bringen kann. Zu einer wirksamen Unterdrückung des Schleichhandels dienen den Behörden schon die nötigen Beamten fehlen. Der Kampf ist so gut wie aussichtslos. Man wird einzelne fassen und andre abschrecken, aber der hohe Gewinn wird immer wieder neue Schleichhändler schaffen. Die strafrechtliche Verfolgung kann nur eine Nebenmaßregel sein. Hauptache ist und bleibt die Reform des Systems der Lebensmittelversorgung an Haupt und Gliedern, die Abdämmung des Schleichhandels an der Quelle. Hier ist die Kontrolle auch nicht leicht, aber immerhin doch leichter als die Jagd nach dem gerissenen gewerblichen Schleichhändler. Hier muß der Hebel angesetzt werden, sonst bleibt man in der Quacksalberei stecken.

Ob die Maßnahmen „darüber hinaus“, d. h. neben dem neuen Gesetz, die die offizielle Meldung andeutet, unsre Forderung erfüllen werden? Wir fürchten, daß sie es nicht tun werden. Denn wenn Waldow zu durchgreifenden Maßregeln schreiten wollte, so würden sie sicherlich mit entsprechender Hervorhebung angekündigt werden.

Der Krieg zur See.

Senkung eines amerikanischen Truppentransports.

London, 7. Februar. (Menter.) Amlich. Der Dampfer „Ussanka“ der Andor-Linie (11 348 BRT) wurde in der Nacht zum 5. Februar mit amerikanischen Truppen an Bord in der Nähe der irischen Küste torpediert. Im ganzen befanden sich 287 Personen an Bord. Hierzu wurden 218 gerettet. Nach den bisherigen Angaben befinden sich unter den Geretteten 76 Armeeoffiziere, 1035 Mannschaften, 10 Schiffsoffiziere, 125 Mann der Besatzung und 3 Passagiere, sowie 32 Personen, über die keine näheren Angaben vorliegen. (B. L. B.)

Deutschland.

Eine zweideutige Reform.

Nach einer Korrespondenz befindet sich eine Vorlage, die die Wahlkreise des Reichstags das Recht auf mehr als einen Volksvertreter geben, in Vorberarbeitung. Es handelt sich um etwa 25 neue Mandate. Zu Betrieb können neben dem größten aller Wahlkreise Teltow-Charlottenburg, einige rheinisch-westfälische und oberschlesische Wahlkreise. Durch die neuen Abgeordneten würde die Zahl der Reichstagsmitglieder auf 422 steigen.

Die Forderung nach einer Neuordnung der Reichstagswahlkreise in Anpassung an die Ergebnisse der Volkszählungen ist schon sehr alt. Oft genug ist nachgewiesen worden, welche Ungerechtigkeit es bedeutet, daß die industriellen Wahlkreise mit rasant angewachsenen Bevölkerungsgrößen nur dieselbe Vertretung im Reichstag haben, wie agrarische Kreise, deren Einwohnerzahl sich gleich oder gar zurückgebildet hat. Diese Ungleichheit hat eine immer stärker sichtbar werdende politische Benachteiligung der Einwohner in den Industriebezirken zur Folge gehabt, von der die Arbeiter am schwersten betroffen wurden. Nach ihrer Stimmenzahl müssten die Arbeiter bei der letzten Wahl mindestens den dritten Teil der Reichstagsstimmen erhalten, der Ungleichheit in den Wahlkreisen hatten sie es zu verdanken, wenn ihre Vertreterzahl weit darunter blieb.

Die heutige Reform will scheinbar diese alte Forderung erfüllen, in Wirklichkeit wird sie die Arbeiter aus neuer Benachteiligung. Die Vorlage läßt die agrarischen, unterbevölkerten Wahlkreise außer Betracht, die größten Wahlkreise sollen gestellt werden, gerade vornehmlich die von Sozialdemokraten im Reichstag vertreten sind. Nach früheren Ankündigungen will man in diesen Kreisen das Verhältnis ausgleichen, um auch den oft recht erheblichen Minderheiten die Möglichkeit zu geben, Mandate zu gewinnen. Die Durchführung dieses an sich richtigen Prinzips bei solcher Gelegenheit würde aber zu einer neuen Bevorzugung der bürgerlichen Parteien

einer schrecklichen Ungerechtigkeit gegenüber den Sozialdemokraten führen. Die neuen Sätze würden zunächst den bürgerlichen Parteien zufallen, die Sozialdemokraten würden sich mit der alten oder nur unwesentlich erhöhten Vertreterzahl begnügen müssen.

Es wird notwendig sein, diese Vorlage — wenn sie wirklich kommen sollte — einer gründlichen Überarbeitung zu unterziehen. Aus einem zweidimensionalen Stückwerk muss eine ganz eindeutige Reform des in manchen Teilen veralteten Reichstagswahlsystems gemacht werden. Wir haben vor allem dringend zu fordern: Neuordnung der ländlichen Wahlkreise, Verhältniswahl, Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts!

Niederbayerische Bauern als Barricadenbauer.

Aus Straubing wird der Neuen Donaupost berichtet: Im benachbarten Dorfe Unterhölling wurden durch Kontrollen in dem Stadel des Möllers Baumgartner ungefähr 100 Zentner "Schwarzgemahlenes" Mehl aufgefunden, das verschiedenen Bauern des Dorfes gehörte. Der Wirtschaftsoffizier erschien nun mit Auto und Militär, um das Mehl nach Straubing abzuholen. Der Offizier versuchte mit guten Worten die Bauern, die die Wegnahme des Mehls mit Gewalt verhinderten, zur Vernunft zu bringen. Jedoch vergeblich. Er fuhr nach Straubing, um dem Vorstand des Bezirksamts von den Vorhängen Mitteilung zu machen. In der Zwischenzeit haben die Bauerinnen das Mehl verschleppt. Als der Bezirksamtmann, Reg.-rat Pöschlrieder, erschien, war die Strafe mit Wagen, Balken usw. abgesetzt, so dass er das Dorf nicht betreten konnte. Neben die Barricaden hinweg empfingen ihn die Bauern mit Beschimpfungen und Bedrohungen, so dass er unverrichteter Dinge wieder abziehen musste.

Der bauernblütende Reichstagabgeordnete Lautz hat längst in einer Versammlung den Bauern die Leute gelesen, sie an ihre Ablesungspflicht gehabt und ihnen vorgehalten, dass es höchst unchristlich sei, wenn man vormittags mit dem Rosenkranz in die Kirche geht und nachmittags an die norddeutschen Hausräume des Schmals am 8 bis 10 M. das Pfund verläuft, während die Munitardarbeiter, die durch ihre Arbeit das Vaterland und auch den Hof der Bäuerin schaffen helfen, hungrig müssen.

Die Unterhöllinger Bauern pfeifen auf solche Belehrung.

Heimgefunden.

Dr. Max Maurenbrecher hat klarlich dadurch von sich reden gemacht, dass er, der von Unländigen für einen Sozialdemokraten gehalten wurde, sich als Führer und Agitator der Vaterlandsparthei aufstellt. Nachdem er so sein politisches Herz entdeckt, hat er jetzt auch seine eigentliche religiöse Gesinnung entdeckt.

Zust zur schönen Weihnachtszeit hat er, sonst eigener, nach Mannheim, seinem früheren Wohnort, gerichteten Mitteilung, seine Rückkehr in den Schoß der evangelischen Kirche vollzogen. Er muss also ein ebenso überzeugter Dissident wie Sozialdemokrat gewesen sein.

Ein heiteres Nachspiel.

Es ist ein neuer Bund gegründet und eine neue Zeitung herausgekommen. Das sind beides Dinge, an denen wir in Deutschland erheblichen Mangel leiden. Welch ist das Papier, aber gelb ist die Besinnung. Die Zeitung nennt sich "Arbeiter-Schuh-Bund", die Zeitung trägt den Titel "Arbeiter-Schuh-Zeitung". Als "Grundquadern" sind gelegt: Wahrheit — Freiheit — Gerechtigkeit, und wir erfahren, dass endlich nach dreijähriger Vorarbeit am 10. Januar 1918 die öffentliche Tätigkeit angenommen worden sei. Die Geschäftsstelle befindet sich im vornehmsten Teile Berlins, in der Potsdamer Straße, also ist es nicht weit zu den Geldhäusern, die auch früher schon für die Gelben gestanden sind. Über den Inhalt der Nummer 2 des Blättchens, das alle Wochen herauskommen soll, kann man kurz hinweisen. Es richtet sich gegen die Arbeiter, die in der vorigen Woche ihre Tätigkeit eingestellt hatten, und beschimpft die Beute, deren Namen im Zusammenhang mit der Bewegung genannt worden sind. Dittmann, der eben erst zu fünf Jahren Festung verurteilt worden ist, wird als Heigling geschildert. Es wäre auch schlimm für ihn, wenn er gerade von dieser Seite keine Anerkennung gefunden hätte. Für den Humor sorgt folgende Originalmeldung des Blättchens:

"Am Donnerstag, dem 24. Januar, nach der Reichstagsausschüttung, traten im Reichstage die beiden sozialdemokratischen Parteien gemeinsam zusammen, das erste Mal seit ihrer Trennung, und beschlossen einmütig, den Streit zu fördern und in die Hand zu nehmen."

Wir finden es wenig patriotisch von den Arbeiter-Schuhleuten, dass sie diese wichtige Meldung nicht schon längst dem Staatsanwalt übermittelt haben, sondern sie lediglich zur Ausdrückung ihres Blättchens verwendeten. Wer so viel erfahren hat, der wird auch noch mehr wissen. Am besten wäre es vielleicht, beide sozialdemokratischen Fraktionen festzunehmen und sie in Schwäche zu bringen. Dann hätte man zwar noch keine ausländischen Agenten, aber die inländischen Hieber und Schürer wären unabhängig gemacht. Es gäbe dann keine Streikbewegung mehr in Deutschland, denn ohne Führer machen bekanntlich die Arbeiter nichts. Das hätte allerdings für die Arbeiter-Schuhleute den Nachteil, dass ihre Tätigkeit überflüssig würde und ihre Geldegeber auf ihre schäbigen Dienste verzichten müssten.

Eine kleine Anfrage.

Im Reichstag hat der Abgeordnete Weinhausen eine kleine Anfrage eingebracht, die besagt: "Auf einer Danziger Privatversammlung waren klarlich Geschlechtsunterschiede zwischen der Leitung und einer Gruppe von Arbeitern anzudeuten, die durch den angerufenen Schlichtungsauftakt angesehen der Arbeiter beigelegt wurden und zur Aussstellung des Ablehrschreibens an mehrere Arbeiter führen. Diese erschienen nun auf Umfrage nach Beschäftigung bei der Kaiserlichen Werft in Danzig die gleiche Antwort wie bei mehreren Danziger Privatversammlungen: Arbeiter von jener Werft können nicht eingestellt werden. Was gebietet der Herr Reichskanzler zu tun, um derartige Beschränkungen der gesetzlichen Rechte der Arbeiter und derartige Gefordernisse der Landesverteidigung durch öffentliche und private Arbeitgeber zu verhindern?"

Ein Landesvertragsprozess gegen den Vorwärts. Wie die blütige Presse mitteilt, ist gegen den verantwortlichen Rehaletur des Vorwärts, Erich Kuttner, eine Anklage wegen versuchten Landesvertrags erhoben worden. Das Verbrechen soll durch den Rehaletur der Nummer vom 20. Januar begangen worden sein, der den Titel trug: "Die Forderungen der Arbeiter. Als Verfasser habe sich Herr Friedrich Stampfer bei Gericht gemeldet."

Die Bekämpfung der Geschlechtsunterschiede. Der seit geraumer Zeit angekündigte Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtsunterschiede wird dem Reichstage in allerhöchster Zeit zugehen. Es handelt sich nicht nur um geschlechterliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausstellung und der Verbreitung, sondern auch um die Organisation einer planmäßigen Behandlung und Heilung nach dem Vorbild der Tuberkulosebekämpfung.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Unruhen in Lemberg.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus beantwortete der Minister des Innern Graf Logendorf eine Interpellation betreffend die Lemberger Straßendemonstrationen vom 2. Februar, wobei er ausführte: Die nationaldemokratische Jugend veranstaltete als Protest gegen eine Konferenz der neugegründeten Partei nationaler Arbeit Straßendemonstrationen. Als die Wache, die mit Steinen beworfen wurde, die Demonstranten abdrängte, fielen plötzlich aus der Menge der Angestammten ungefähr zwanzig Schüsse. Auch der Feldwebel der Militärpolizei-Wachabteilung gab von der Waffe bedroht, zwei Revolverkölle ab. Nach Befehl von sieben Verhaftungen gelang es der Wache, die Ordnung wiederherzustellen. Während der Ausschreitungen sind ein Gym-

nasiast und ein Hochschüler durch Revolverkölle verletzt worden. Der letztere erlag seiner schweren Verwundung. Wer die Revolverkölle auf den Studenten abgegeben hat, ist bisher nicht festgestellt worden. Gegenüber den in Lemberg verbreiteten Gerüchten, dass gegen die Menge in der Vorwagasse aus dem Gebäude des Kaiserlichen Deutschen Reichspost mehrere Schüsse abgegeben worden seien, bemerkt der Minister, dass die dort untergebrachte Kaiserliche Postwache eine Zuschrift an den Lemberger Stadtcommissarien ausdrücklich erklärt hat, dass deutsche Soldaten von der Schuhwaage keinen Gebrauch gemacht hätten. Hierfür spricht auch die Feststellung, dass die Wunden des verletzten Hochschülers und des verletzten Gymnasiasten nach dem Besuch der Sachverständigen von einem 7-Millimeter-Gedöpf herriethen dienten, wogen der deutsche Armeerevolver 9-Millimeter-Kaliber hat. Die Projekte können nicht aufgefunden werden. Auch das Gerücht, dass deutsche Soldaten aus dem zweiten Stockwerk des Postgebäudes in die Menge geschossen hätten, ist durch das Obduktionsprotokoll widerlegt. Erhebungen zur vollen Feststellung des Sachverhalts werden einbringlich gepflogen. Der Minister hofft, dass es gelingen werde, auch die Einzelheiten dieser Angelegenheit restlos aufzuklären. (W. T. B.)

Ein Aufruf an englische Hamster. Nach dem Nieuwe Rotterdamsche Courant hat Lord Rhondda ein Manifest erlassen, in dem er alle Personen, die Lebensmittel gekauft haben, auffordert, ihre Vorräte freiwillig für die öffentlicheVerteilung zur Verfügung zu stellen. Es wurde ein Termin von einer Woche zur Herausgabe dieser Vorräte festgelegt und versprochen, dass diejenigen, die der Aufrufung freiwillig nachkommen, nicht bestraft werden und die Hälfte der beim Verkauf ihrer Lebensmittel erzielten Preise zurückstehen erhalten würden.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Eine besondere Antwort Wilsons?

Gen., 8. Februar. In Paris ist die Nachricht eingetroffen, dass Präsident Wilson nach wie vor geneigt sei, sich in seiner Politik durch die von der übrigen Entente getroffenen Maßregeln und Beschlüsse nicht beirren zu lassen. Er beachtige, die Leben von Herrn und Frau Cacrin noch in selbstständiger Weise zu beantworten und wird den Tag dazu bestimmen, der ihm paßt. Diese Nachricht hat die französische Regierung bestimmt. Man hofft, dass Wilsons Sonderpolitik einen unangenehmen Einschluss auf die diplomatischen Unternehmungen Englands, Frankreichs und Italiens ausüben wird. Der französische Botschafter in Washington wurde angewiesen, die Bestreitung der französischen Regierung Wilson ungeliebt vorzutragen. (Tel Aviv.)

Die griechische Mobilisierung.

Eugano, 8. Februar. Die Nachrichten von der griechischen Mobilisierung geben nur ein unklares Bild über ihren Umsfang; die verschiedenen Agenturen widersprechen sich. Soviel scheint festzu liegen, dass durch zwei aufeinanderfolgende Decrete die Einberufung eines Teiles der Reserve Neugriechenlands, sowie begrenzter Gebiete Altgriechenlands angeordnet wurden. Mit Absicht auf die Erhöhung des Volkes wird die Rekrutierung sehr weiter mit großen Testmobilmachungen fortfahren. (E.U.)

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 8. Februar. Amtlich. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf der ganzen Front war die Gefechtsaktivität gering.

Auf dem östlichen Maas-Ufer bei Bapaume und südwestlich von Creh brachte unsre Infanterie von Erkundungen eine Angabe Gefangener ein. Tagdüber blieb die Artillerie in diesen Abschnitten tätig.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Aus der Partei.

Man trage die Verantwortung, oder man gestehe seine Schwäche ein.

Will klarlich in einer Versammlung in Altona ein Mann von der Scheidemannspartei am Rock gezupft worden war, forderte die von der feinen Internationalen Korrespondenz inspirierte regierungssocialistische Presse, die unabdingbare Sozialdemokratische Partei müsse dafür die Verantwortung übernehmen, oder sie erkläre ihre Schwäche.

Die Generalkommission der Gewerkschaften und die Zentralvorstände haben sich wiederholt gegen einen Streit der Arbeiter während der Kriegszeit ausgesprochen, ihn sogar als Landesverrat bezeichnet. Gegen ihren Willen ist nun doch ein Streit ausgebrochen. Die Verantwortung für den Streitausbruch schenkt die Instanzen ganz unterschieden ab. Die U. S. P. hat niemanden aufgefordert, Anderenende am Rock zu ziehen, sie verteidigt solche Handlungen nicht. Wenn darin ein Beweis ihrer Schwäche liegen soll, dann haben jetzt die Gewerkschaftsinstanzen ihren Banntrotz angemeldet.

So rächt sich links-demagogische Kampfsweise.

Aus der französischen Sozialdemokratie.

Aus Paris wird der Frankfurter Zeitung meldet:

Der Verwaltungsausschuss der sozialistischen Partei Frankreichs hat der Kommerzialkammer einen Beweis erzeigt, weil drei ihrer Mitglieder ohne Genehmigung ihrer Partei in den Dienst der Regierung eingetreten sind. An der Tat ist der Abgeordnete Compte Morel als Organisator des Arbeitsausschusses im Ministerium für die Lebensmittelversorgung eingetreten, der Abgeordnete Diagre hat die Rekrutierung der Regie in Westfalen übernommen und der Abgeordnete Bonisson von Marsella hat sich zum "Hohen Kommissar" für den Schiffsbau zwischen Frankreich und Nordafrika ernennen lassen. Die Parteifaktion der Kammer hatte befürchtet die Unterstützung des Kabinetts Clemenceau abgelehnt, dies hat aber nachher nicht verhindert, dass die drei Fraktionen offenbar wiederholt ihre Mitarbeit gewährt haben. Der Verwaltungsausschuss bedauert, dass die Vertreter der Parteien im Parlament sich mit der Rolle von Regierungskommissären begnügen, anstatt sich als "Volkskommissäre" zu betrachten.

Aus der französischen Sozialdemokratie.

Aus Paris wird der Frankfurter Zeitung meldet:

Der Verwaltungsausschuss der sozialistischen Partei Frankreichs hat der Kommerzialkammer einen Beweis erzeigt, weil drei ihrer Mitglieder ohne Genehmigung ihrer Partei in den Dienst der Regierung eingetreten sind. An der Tat ist der Abgeordnete Compte Morel als Organisator des Arbeitsausschusses im Ministerium für die Lebensmittelversorgung eingetreten, der Abgeordnete Diagre hat die Rekrutierung der Regie in Westfalen übernommen und der Abgeordnete Bonisson von Marsella hat sich zum "Hohen Kommissar" für den Schiffsbau zwischen Frankreich und Nordafrika ernennen lassen. Die Parteifaktion der Kammer hatte befürchtet die Unterstützung des Kabinetts Clemenceau abgelehnt, dies hat aber nachher nicht verhindert, dass die drei Fraktionen offenbar wiederholt ihre Mitarbeit gewährt haben. Der Verwaltungsausschuss bedauert, dass die Vertreter der Parteien im Parlament sich mit der Rolle von Regierungskommissären begnügen, anstatt sich als "Volkskommissäre" zu betrachten.

Gewerkschaftsbewegung.

Buchhändlermarkthelfer-Lehrlinge?

Die Zeit der Schulenöffnung rückt wieder heran, wobei soll jedes Jahr die Wahlrechtsfrage gemacht werden kann, dass es Unternehmen gibt, die diese Gelegenheit benutzen und durch Anwerter in den Zeitungen verjüngen, die noch vollständig unerschrocken jungen Leute sowie deren Eltern oder Erzieher zu läufern. Kürzlich beschaffte sich in einer kleinen Zeitung ein Juwelier, in dem eine kleine Firma einen Österreichungen zu dreijähriger Ausbildung als Buchhändlermarkthelfer gegen Kostenlohn suchte. Durch solche Juweliere können besonders junge Leute und auch sonstige Personen, die mit den Verhältnissen im Buchhandel nicht vertraut sind, zu der falschen Ansicht kommen, dass der Beruf eines Buchhändlermarkthelfers besonders glückverheißend und von solch wichtiger Bedeutung sei, dass hierzu erst eine dreijährige wissenschaftliche Ausbildung notwendig wäre. Jeder, der die Verhältnisse im Buchhandel kennt, weiß, dass eine jahrelange Ausbildung hierzu nicht notwendig ist, sondern dass die gesuchten jungen Leute nur übermäßig im Interesse der Unternehmen ausgenutzt werden. Als bester Beweis dafür, dass eine besondere Vorbildung hierzu nicht nötig ist, gilt jetzt die Frauenarbeit im Buchhandel, die eben-

falls ohne jede Ausbildung geleistet wird. Da die Unternehmen im Buchhandel bei dem sehr knappen Angebot von Arbeitskräften ein großes Interesse für solche jungen Leute zeigen und mehrere Firmen bereits früher sogenannte Lehrverträge abgeschlossen haben, so raten wir allen Eltern und Erziehern, besonders aber den Kriegsfronten, vor Eingehung und Unterschreibung von solchen Verträgen sich erst vorher hierüber bei der untenstehenden Verbandsleitung zu erkundigen.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Verwaltungsstelle Leipzig.

Der Deutsche Klein- und Straßenbahnerverband.

In der letzten Generalversammlung der Leipziger Transportarbeiter ist auch die Gründung des Deutschen Klein- und Straßenbahnerverbandes erörtert worden. Der Transportarbeiterverband ist die gewerkschaftliche Organisation der Straßenbahner. Es herrscht aber Unzufriedenheit in Straßenbahngesellschaften, denn man ist der Ansicht, dass die Leitung des Verbandes nicht energetisch genug und auch nicht mit den erforderlichen Kenntnissen die wirtschaftlichen Interessen der Straßenbahner vertrete. Daher seien auch zahlreiche Straßenbahner nicht zu bewegen, dem Transportarbeiterverband beizutreten und deshalb sei der Deutsche Klein- und Straßenbahnerverband gegründet worden. Wie in einer Zeitschrift über die Ziele und Zwecke dieses Verbandes an und betont wird, besteht natürlich die Absicht, dem Transportarbeiterverband irgendwelche Konkurrenz zu bieten, sondern der Verband wolle nur den Nichtorganisierten — deren Zahl in Leipzig 2500 beträgt — Gelegenheit geben, sich zu organisieren. Der Verband solle einzeln und allein die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder verbessern. Mit seiner Leitung wären nur Personen betraut, die mittler im Betriebe ständen und alle Mängel und Missstände selbst durchstoßen müssten. Daher seien sie auch am besten imstande, die Nebenkünste mit der Wurzel auszurotten. Hierzu bemerken wir, dass wir eine Zersplitterung der Gewerkschaften nicht billigen können. Gelingt dem neuen Verband das, was der Transportarbeiterverband nicht vollbringen kann, ist er in stande, den größten Teil der deutschen Straßenbahner um seine Fahne zu sammeln, so dass er eine starke schlagkräftige Organisation wird, so ist seine Gründung eine Notwendigkeit gewesen. Bleibt der Verband aber nur ein Vereinlein von ganz geringer Mitgliederzahl, so hat er als Gewerkschaft keine Tatsächlichkeit, denn die Nichtorganisierten — deren Zahl in Leipzig 2500 beträgt — Gelegenheit geben, sich zu organisieren. Der Verband solle einzeln und allein die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder verbessern. Mit seiner Leitung wären nur Personen betraut, die mittler im Betriebe ständen und alle Mängel und Missstände selbst durchstoßen müssten. Daher seien sie auch am besten imstande, die Nebenkünste mit der Wurzel auszurotten. Hierzu bemerken wir, dass wir eine Zersplitterung der Gewerkschaften nicht billigen können. Gelingt dem neuen Verband das, was der Transportarbeiterverband nicht vollbringen kann, ist er in stande, den größten Teil der deutschen Straßenbahner um seine Fahne zu sammeln, so dass er eine starke schlagkräftige Organisation wird, so ist seine Gründung eine Notwendigkeit gewesen. Bleibt der Verband aber nur ein Vereinlein von ganz geringer Mitgliederzahl, so hat er als Gewerkschaft keine Tatsächlichkeit, denn die Nichtorganisierten — deren Zahl in Leipzig 2500 beträgt — Gelegenheit geben, sich zu organisieren. Der Verband solle einzeln und allein die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder verbessern. Mit seiner Leitung wären nur Personen betraut, die mittler im Betriebe ständen und alle Mängel und Missstände selbst durchstoßen müssten. Daher seien sie auch am besten imstande, die Nebenkünste mit der Wurzel auszurotten. Hierzu bemerken wir, dass wir eine Zersplitterung der Gewerkschaften nicht billigen können. Gelingt dem neuen Verband das, was der Transportarbeiterverband nicht vollbringen kann, ist er in stande, den größten Teil der deutschen Straßenbahner um seine Fahne zu sammeln, so dass er eine starke schlagkräftige Organisation wird, so ist seine Gründung eine Notwendigkeit gewesen. Bleibt der Verband aber nur ein Vereinlein von ganz geringer Mitgliederzahl, so hat er als Gewerkschaft keine Tatsächlichkeit, denn die Nichtorganisierten — deren Zahl in Leipzig 2500 beträgt — Gelegenheit geben, sich zu organisieren. Der Verband solle einzeln und allein die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder verbessern. Mit seiner Leitung wären nur Personen betraut, die mittler im Betriebe ständen und alle Mängel und Missstände selbst durchstoßen müssten. Daher seien sie auch am besten imstande, die Nebenkünste mit der Wurzel auszurotten. Hierzu bemerken wir, dass wir eine Zersplitterung der Gewerkschaften nicht billigen können. Gelingt dem neuen Verband das, was der Transportarbeiterverband nicht vollbringen kann, ist er in stande, den größten Teil der deutschen Straßenbahner um seine Fahne zu sammeln, so dass er eine starke schlagkräftige Organisation wird, so ist seine Gründung eine Notwendigkeit gewesen. Bleibt der Verband aber nur ein Vereinlein von ganz geringer Mitgliederzahl, so hat er als Gewerkschaft keine Tatsächlichkeit, denn die Nichtorganisierten — deren Zahl in Leipzig 2500 beträgt — Gelegenheit geben, sich zu organisieren. Der Verband solle einzeln und allein die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder verbessern. Mit seiner Leitung wären nur Personen betraut, die mittler im Betriebe ständen und alle Mängel und Missstände selbst durchstoßen müssten. Daher seien sie auch am besten imstande, die Nebenkünste mit der Wurzel auszurotten. Hierzu bemerken wir, dass wir eine Zersplitterung der Gewerkschaften nicht billigen können. Gelingt dem neuen Verband das, was der Transportarbeiterverband nicht vollbringen kann, ist er in stande, den größten Teil der deutschen Straßenbahner um seine Fahne zu sammeln, so dass er eine starke schlagkräftige Organisation wird, so ist seine Gründung eine Notwendigkeit gewesen. Bleibt der Verband aber nur ein Vereinlein von ganz geringer Mitgliederzahl, so hat er als Gewerkschaft keine Tatsächlichkeit, denn die Nichtorganisierten — deren Zahl in Leipzig 2500 beträgt — Gelegenheit geben, sich zu organisieren. Der Verband solle einzeln und allein die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder verbessern. Mit seiner Leitung wären nur Personen betraut, die mittler im Betriebe ständen und alle Mängel und Missstände selbst durchstoßen müssten. Daher seien

Amtliche Bekanntmachungen.

500 Mark Belohnung!

In der Zeit von 1/2 Uhr nachmittags des 6. 2. bis zum anderen Morgen 1/2 Uhr, vermutlich aber in der Abendstunde des 6. Februar ist in das Geschäftsstölof des Kaufmanns Frank, Fleischstraße 10, eingebrochen und sind die folgenden Waren gestohlen worden:

50 Stücks verschiedenfarbige Seide, à 20-25 m, doppelt breit; 3 Stk. Crepe de Chine-Seide, à 20 m, blau, braun und mauvefarb.; 25 Stk. Gosseline, doppelt breit, verschiedenfarb.; etwa 4 Dhd. Damenstrümpfe, durchbrochen, schwarz; 4 Stk. Tupfenmuster, teils mit weißen Blümchen, 70 cm breit; 5 Stk. Volle, à 20 m, bunt; 20% in Besteinen; verschiedene Sommerhandtasche, Schleier, Schalz und Soden. Gesamtwert 10 800 M.

Zum Wegschaffen der Waren sind Kartons 60 x 45 x 18 cm groß, die mit braunem gemaserten Glanzpapier überzogen und deren Ranten mit schwarzer Leinwand versehen sind, benutzt worden.

Für Wiederherbeschaffung von mindestens der Hälfte der gestohlenen Waren verspricht der Geschädigte 500 Mark Belohnung.

Leipzig, den 7. Februar 1918.
Kr. V.-A. I. 452. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Berkauf von Heringen unter städtischer Aufsicht.

Verfügung.

Es wird zugelassen:
je 125 Gramm Hering auf je eine Marke 11 Pf. und K. der allgemeinen Lebensmittelmarke Reihe A.

Die Heringe werden nur nach Gewicht, nicht Stückweise verkauft. Der Preis beträgt 1.20 M. für das Pfund oder 0.80 M. für 125 Gramm.

Butterausgabe.

I. Verbrauchsmarke.

Es werden zugelassen:
1. auf die Marken C der Landessiedlungsstelle 23 50 Gramm Butter,
2. auf die vom 12. bis 18. Februar geltenden Sonderbuttermarken für Kraut die aufgedruckte Menge Butter,
3. auf die vom 12. bis 18. Februar geltenden Buttermarken für Militärurlauber und Besuchsfremde je 30 Gramm Butter.

II. Butterpreis.

Bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt der Preis für 50 Gramm Butter 34 Pf. und für 30 Gramm Butter 21 Pf.

III. Verteilungsordnung.

Verbraucher: Abgabe der unter I. 1. und 2. genannten Marken beim Butterkleinhändler bis spätestens Sonnabend, den 9. Februar.

Kleinhändler: Bezugskartenentnahme in der Bezugsstelle nach der neu bekanntgemachten Ordnung Montag, den 11. Februar. Nach Empfang der Bezugskarten ist sofort auf deren Rückseite Name und Berechtigungsnummern einzutragen. Bezugskartenabgabe beim Großhändler Montag, den 11. Februar. Die Großhändler dürfen nur solche Bezugskarten abnehmen, auf deren Rückseite Name und Berechtigungsnummern des Kleinhändlers eingetragen sind.

Großhändler: Ablieferung der Bezugskarten in der Bezugsstelle nach der bekannten Ordnung Dienstag, den 12. Februar.

Beginn der Butterausgabe an die Verbraucher bei den Kleinhändlern spätestens Freitag, den 15. Februar. Letzter Abholungstag für Verbraucher Montag, den 18. Februar.

Auf die Buttermarken für Militärurlauber und Besuchsfremde und auf die Sonder-Buttermarken, mit dem Aufdruck „Besuch“ ist die darauf zugelassene Menge Butter ohne Voranmeldung in den Butterverkaufsstellen für Militärurlauber und Besuchsfremde zu entnehmen.

IV.

Die Bekanntmachung über den Verkehr mit Speisen usw. im Stadtbezirk Leipzig vom 7. Oktober 1916 und die Bekanntmachung über die Einführung des Bezugsvfahrens für den Winterbezug vom 7. September 1916 nebst den dazu ergangenen Nachtragsbekanntmachungen vom 5. Oktober und 8. November 1916 und 25. Oktober 1917 unter IV Abs. 1 finden entsprechende Anwendung.

Leipzig, am 7. Februar 1918.
Der Rat der Stadt Leipzig.

In einem Teile unserer Lehmgroe kann Asche ab geladen werden. Es wird nur Asche zugelassen, die frei von Konservenbüchsen, alten Eimern und verweslichen Stoffen ist und die mittels Handwagen herangefahren wird. Der Weg, den die Handwagen zu nehmen haben, führt von der Fabrikstraße durch das Ziegeleigrundstück. Nach Entladen der Wagen ist das Ziegeleigrundstück sofort auf dem gleichen Wege zu verlassen. Ein dauernder oder vorübergehender Widerstand der Erdenburg zum Ascheabladen bleibt vorbehalten, wenn dieser durch das Verhalten des Publikums oder den Zustand des Zuflussweges geboten erscheint.

Für jeden abzuladenden Handwagen ist im Geschäftszimmer Delitscher Straße 172 vor der Entladung eine Marke zum Preise von 20 Pf. zu lösen und diese im Wiederkäuferhaus abzugeben. Die Zufahrt ist nur in der Zeit von 7 Uhr vormittags bis 1/2 Uhr nachmittags gestattet.

Leipzig, am 7. Februar 1918.

Städtische Liegenschaften in Leipzig-Gutriegisch.

Sparkasse Paunsdorf

Geschäftsstelle: Rathaus, Erdgeschoss rechts.
Zinsfuß für Einlagen: 3 1/2 %. Tägl. Verzinsung.
Postcheckkonto Leipzig Nr. 12221.

Bankkonto b. d. Aug. Deutsch. Credit-Anst. Leipzig.
Stahlseilfährer. — Kontrollmarken.
Kontrollrechner 60367.

Geschäftszeit: Montags bis Freitags 9-11 und
9-5 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.
Straßenbahnverbindung Linie 4.

Westend-Mall, Plagwitz

Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 14 Uhr

Gr. Kinder-Vorstellung.

Die Aufführung kommt: Die Feen-Mäuse. Kindermärchen in 4 Aufzügen mit Gesang v. P. Baumhauer.
Abends 1/2 Uhr

die humoristischen Alt-Leipziger Sänger.

VOLKSHAUSS

Freitag Bischur-Sänger

Tägl. neuer Spielplan



Sonnabend Bischur-Sänger

Tägl. neuer Spielplan

Sonntag Familien-Konzerte.

von nachm. 4 Uhr an



in den Restaurants-
lokalen und im Café

Der gute Kämmichele

Rüdesheimer'

Ausschank in Schoppen

Sonntags Speise-Saal

dient der Gesellschafts-
saal von 5 Uhr an den

werten Gästen als

Jeden Tag Schokolade

Höhlische Obst- und Beerenweine. Hochfaine Biere und andere Getränke.

Zu recht zahlreichem Besuch lädt ein

DIE GESCHÄFTSLEITUNG.

Stadtbekannt tadellose Volkshausküche

Generalversammlung

im Volkshaus, Zeitzer Straße 32.

Sozialdem. Verein 13 sächsischen
Wahlkreis
Bureau: Laubauer Str. 10/21, 1.
(Volksgesetzgeber) Tel. 30035
Gesamtzeitung: Sonnabend
den 9. Februar, abends 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Matzke-Keller. Tagesordnung: Vereins- und Vereinsangelegenheiten. — Zahlreichen Besuch erwartet [1134] Der Vorstand.

Knautkleeberg u. Umg. Sonnabend, den 9. Februar, abends 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Matzke-Keller. Tagesordnung: Vereins- und Vereinsangelegenheiten. — Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Wahren. Sonnabend, den 9. Februar, abends 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. Das Erfurter Programm. 2. Forderungen. Redner: Genosse Horm. Hoffmann. 3. Aussprache. 4. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet D.V.

Metallarbeiter Berband

Geschäftsstelle: Volkshaus, Zeitzer Straße 12. Die Vorsitzstelle steht allen Mitgliedern allenfalls innerhalb einer Woche während der Tagesordnung aus Verlösung und Sonnabend nur 8-11 Uhr. Tel. 5784. Vereinigt entlieben werden Krankheitsbewilligungen gegen Abrechnung des Verbands durch innerhalb drei Tagen erfolgen.

Sonntag, den 10. Februar, vorm. 1/2 Uhr

Generalversammlung

im Volkshaus, Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung:

1. Bericht und Neuwahl der Ortsverwaltung.

2. Bericht der Neorganisationskommission und Stellungnahme dazu.

3. Die Einigungsbereichungen in der Kartellfrage und Stellungnahme dazu.

Das Verbandsbuch ist mitzubringen und am Eingang vorzulegen. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, bearbeiteten (reklamierten) oder abs kommandierten Kollegen müssen sich ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Beurlaubung im Bureau wieder anmelden, wenn sie nicht der durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbene Rechte verlustig gehen wollen.

Deutschkathol. freie Religionsgemeinde

zu Leipzig

Sonntag, den 10. Februar, 4 Uhr, in der Freien-

berufsschule, Schillerstraße 8: Erbauung.

Mittelstandsküche im Burgkeller

Zorgfältig zubereitete Einheitsgerichte

empfehlenswert für Geschäfte, deren Personal in durchgehender Arbeitszeit eine kurze, stärkende Mahlzeit braucht.

Familien-Nachrichten

Es ist bestimmt in Gottes Rat, dass man vom Liebsten, was man hat, muss scheiden.

Nach langem schwerem mit großer Geduld erragtem Leid verließ, jedoch plötzlich und unerwartet, am 7. Februar unser einziger unsterblichster unvergleichlicher braver Sohn und Bruder, Resso und Consta.

Walter Bendleb

im Alter von 18 Jahren 2 Monaten.

Im unfassbaren Trauer

Ottomar Bendleb und Frau Emma

Bendleb geb. Müldner

Elsa Bendleb

angleich im Namen sämtlicher hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag, mittags 1 Uhr, vom Trauerhause, L. Plagwitz, Raumberger Straße 41, aus statt.

Ganz unerwartet erhielten wir gestern die traurige Nachricht, dass unser lieber Sohn, Bruder, Cousin, Onkel und Enkel

Gustav Emil Knauf

Soldat im Inf.-Regt. 107 11, am 1. Februar 1918 durch Kopfschuss im unendlichen Alter von 19 1/2 Jahren sein junges Leben lassen musste. In tiestem Schmerze

L. Lindenau, Galloisstraße 30, I.

Die liebestränen Eltern, Verwandten und

Brust Gertend Leonhardt.

Ab heute:

Doppel-Programm.

Kasino-Lichtspiele

Noumarkt ca. 600 Plätze.

Welt-Theater

Barfüßergasse am Markt ca. 600 Plätze.

„Zügelloses Blut!“

Liebesroman in 5 Akten.

Hauptrolle: Pola Negri

Hermann Selenek

Sein bester Freund

Ein heiteres Abenteuer des

Detektivs Joe Deeps

in 5 Akten.

Hauptrolle: Max Landa.

Aufgang täglich 4 Uhr.

Sonntags 3 Uhr.

Nur für Erwachsene!

Hochwichtige Vorführung

im Interesse des

Durchhaltens

zur Fleischerzeugung und der Rohstoffgewinnung

Ab heute Freitag, Sonnabend, Montag und Dienstag
nachmittags nur von 2 bis 5 Uhr

Vorführung des aufklärenden Films des Gemsohnützigen
Vereins zur Förderung der deutschen Kaninchenzucht

Schlummernde Werte

über die Kriegs- und volkswirtschaftliche Bedeutung der

Raninchenzucht

von Conrad Friedrich Zinn

in den

Vaterland-Lichtspielen

im Café Bauer, Rossmarkt 36

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. Februar.

Geschichtsalender. 8. Februar 1587: Die schottische Königin Maria Stuart in Fotheringhay hingerichtet (* 1542). 1810: Der Dichter Wilhelm Jordan in Ansbach geboren. 1828: Der französische Schriftsteller Jules Verne in Nantes geboren († 1905). 1871: Der Maler Moritz v. Schwind in München gestorben. (* 1804) 1874: Der Schriftsteller David Friedrich Strauß in Ludwigsburg gestorben (* 1808). 1882: Der Schriftsteller Berthold Auerbach in Cannes gestorben (* 1812).

Sonnenaufgang: 7,34, Sonnenuntergang: 4,56.
Mondaufgang: 5,00 vorm., Monduntergang: 1,17 nachm.

Neue Reisebrotmarken.

Amtlich wird mitgeteilt:

Um den nächsten Tagen gelangen neue Reisebrotmarken zur Ausgabe, und zwar außer den bisherigen über 50 Gramm Gebäck auch noch solche über 500 Gramm. Diese 500-Gramm-Marken werden zweckmäßig von denen, die Brot nicht in einzelnen Schnitten, sondern im ganzen beziehen wollen, benutzt, also von Militärlauberern, Binnenschiffern, Arbeitern, die außerhalb ihres Wohnortes tätig sind, Reisenden, die sich in volle Verpflegung begeben usw. Wegen Stoffersparnis werden die Reisebrotmarken nur in Bogen zu je 10 Stück ausgegeben, also nicht mehr auch in Hesten. Aus dem gleichen Grunde sind die Marken den bisherigen gegenüber erheblich verkleinert. Die 50-Gramm-Markenbogen zeigen als Wertpapierunterdruck eine graue Reichsadler auf grünblauem, die 500-Gramm-Markenbogen einen solchen auf rotaubraunem Grunde. Zur Verhüllung von Fälschungen ist das Papier mit Wasserzeichen sowie roten und blauen Farben versehen.

Mit der Ausgabe der neuen Marken werden die bisherigen nicht ungültig; sie gelten vielmehr neben den neuen noch bis zum 15. März einschließlich. Erst vom 10. März an dürfen nur noch die neuen verwendet werden.

erner hat das Direktorium der Reichsgetreidestelle neue Bestimmungen über die Entwertung der eingelösten Marken durch Bäcker, Gastwirte usw. getroffen. Diese haben nämlich die Marken sofort nach Empfangnahme zu entwerten. Bäcker in Zukunft die Bäcker nicht entwertete Reisebrotmarken den Gemeinden ein, um Mehl darauf geliefert zu erhalten, so werden ihnen solche nicht angeschaut werden. Die Bäcker werden also, um sich vor Schaden zu hüten, gut tun, die von den Kommunalverbänden noch ergegenden näheren Bestimmungen über die Entwertung sorgfältig zu beachten.

Gültigkeit der Zuckerkarten.

Die Gültigkeit der Zuckerkarten für den laufenden Versorgungszeitraum (Reihe 7) erlischt mit dem 12. Februar. Nach diesem Zeitpunkte darf auf die Karten der Reihe 7 kein Zucker mehr im Kleinverkauf abgegeben werden. Die Einlieferung der vereinbarten Bezugsausweise und Bezugskarten der Reihe 7 hat spätestens zu erfolgen: von den Kleinhändlern an die Zwischengroßhändler bis zum 18. Februar; von den Zwischengroßhändlern an die Zuckerverteilungsstelle für das Königreich Sachsen angehörten Großhändlern bis zum 23. Februar; von den letzteren an die Zuckerverteilungsstelle bis zum 28. Februar 1918. Vom 18. Februar an gelten die Zuckerkarten und Bezugskarten der Reihe 8.

Die Not der Schule im Weltkrieg

wird durch einige Tatsachen beleuchtet, die Kultusminister Dr. Beck bei der Beratung des Bildungshaushalts im sächsischen Landtag erläuterte. Vor dem Kriege wirkten in den Volksschulen Sachsen 14 800 Lehrende; von ihnen standen am 1. Oktober 1917 noch 8065 im Volksschuldienste. Fast 6000 Volksschullehrer sind der Schule gegenwärtig durch den Heeresdienst entzogen. Das bedeutet eine ganz beträchtliche Herabsetzung der unterrichtlichen Verpflegung unserer Schuljugend: die Klassen müssen bis zur Gewebe des Üblichen befehlt werden, die Zahl der Stunden für die Unterrichtssäcke wurde vermindert. Seit Beginn der Mobilisierung sind 9178 Lehrer zum Heeresdienst einberufen, 2010 wieder entlassen worden. Auch dieser Austausch der Lehrer zwischen Schul- und Heeresdienst mit seinem steten Wechsel griff während in die Unterrichtsarbeit der Schulen und Klassen ein. Der Kohlenmangel zwang im vorigen Jahre vielfach zur Schließung, in diesem Jahre nicht weniger häufig zur Verlegung und Zusammenlegung ganzer Schulen. Nur unter den größten Schwierigkeiten war unter diesen Verhältnissen ein halbwegs ordneter Unterrichtszettel noch möglich. Auch der Gesundheitszustand der Lehrer wirkte ungünstig ein. Die Kriegsverhältnisse haben „vielfach starke Abmagerung, vermindernde Körperliche und vielfach auch seitige Leistungsfähigkeit, vorzeitiges Alter, Nachlassen der Sinnesfähigkeit u. a. herbeigeführt“; die Erschwerung und Vermehrung der Berufsausbildung, die starke Belastung der Lehrerschaft mit allen Arten des Hilfsdiensts in der Kriegswirtschaft hinter der Front kommen neben der Ernährung im allgemeinen als Ursachen in Betracht. Das ist gewiss — es wird in Sachsen wie allerwärts ganz außerordentlicher Maßnahmen und der Aufwendung beträchtlicher Mittel bedürfen, um unsre Volksschule nach dem Friedensschluß wieder in geordnete Verhältnisse überzuführen und sie wenigstens wieder auf den Stand zu bringen, den sie bei allen Mängeln im einzelnen vor dem Kriege erreicht hatte.

Die Abmagerung.

An der Volksschulgesellschaft in Dresden hielt der berühmte Stadtarzt Dr. Dienemann einen Vortrag über die Abmagerung. Bei dieser handelt es sich, so führte der Redner aus, um eine Auszehrung des in Friedenszeiten aufgespeicherten Vorratsbestandes, durch die der Körper das Stoffwechselgleichgewicht wiederherzustellen sucht. Die Abmagerung wird zum Nachteil, wenn das Gewicht unter die der Körpergröße und dem Alter entsprechende Norm sinkt. Ernährbarkeit zeigt an, daß die Unterzehrungsvorgänge im Körper nicht im Verhältnis zu den zugemachten Leistungen stehen. Gegen diese Erziehung muß man sich schützen und seine Tätigkeit dementsprechend einschränken, ehe Schwäche dazu zwingt. Dies kann man durch zeitiges Schlafengehen, Blutdruck, Ersparrung unnötiger Anstrengung, warme Kleidung usw. Die menschlichen Reservestoffe sind vielfach bereits aufgezehrt, und besonders der Kartoffelmangel hat Symptome gezeigt, die wir aus Erfahrungen früherer Zeiten als Begleitscheinungen des Hungers kennen. Dicerher gehören auch die älter als sonst austretenden Darmerkrankheiten. Durch Erziehung vermehrten Anbau von Nahrungsmitteln, Sammlung von Kernen usw. kann die Menge unserer Ernährungsstoffe erhöht werden. Besonders befürwortete der Redner vermehrten Anbau der Kartoffel und Zucchini, verbesserte Aufbewahrung und Trockenanlagen. Eine halbwegs genügende Ernährung des Menschen in Deutschland ist allerdings nur auf Kosten der Viehhaltung durchzuführen. Früher betrug der Friedensbedarf des deutschen Volkes täglich pro Kopf 3510 Kalorien, jetzt werden wir uns mit 2100 beschaffen müssen, was von Nutzern Kalorienzahl nicht erheblich abweicht. Ein Ausgleich wird aber dadurch gehalten, daß Kinder, Greise und Kranke nicht der Durchschnittsmenge der anderen Menschen bedürfen. Der Redner ging näher auf die Kranken,

Beliebung und die Wasserspeisung ein, und sprach sich gegen eine Zuangewandtspeisung aus, wenn er sie auch unter gewissen Umständen für nicht unvorteilhaft hält. Abgesehen von Einzelerscheinungen, ist, nach seiner Meinung, die Vollzugsordnung nicht so gefährdet, wie viele glauben, wir brauchen daher nicht mit Besorgnis in die Zukunft zu blicken, wenn auch eine Verbesserung unserer Ernährung dringend geboten ist.

Die Ratschläge, die der Herr Doctor gegen die Wirkungen der Entzündung ertheilt, sind sehr einleuchtend. Sie haben auf den einen Mangel, daß sie für die arbeitende Bevölkerung nicht anwendbar sind. Denn sie kann nicht möglichst lange schlafen, von Mittagsruhe ganz zu schwören. Im Gegenteil. Viele Arbeiter und besonders auch Frauen, müssen sehr länger und schwerer arbeiten als vor dem Kriege. Und warme Kleider sind nur noch von reicheren Leuten zu erhalten. Daher stimmen wir auch nicht in die Schlussfolgerung: man brauche nicht mit Besorgnis in die Zukunft zu blicken. Die Zukunft sieht allerdings äußerst trübe aus.

Kaninchensutter — Kräutertee oder — — ?

Aus dem Felde erhalten wir längst eine Sendung, die neben einem Päckchen einen Brief enthält, in dem wir erfuhr wurden, den Inhalt des Päckchens in Augenschein zu nehmen. Es handelt sich um sogenannten „Feinsten Rauch-Tobak-Ersatz“ in angeblich „hochverständiger, gediegener Zusammensetzung“. Die Untersuchung hatte folgendes Ergebnis: Obenauf lag eine — Roggenähre. Dann kam ein Mooszweiglein, darunter standen vier Blätter von Mooslee, Löwenzahn und noch drei anderen Arten aus der Familie der Kompositen, sowie von Hopfen; Sauerampfersamen, verschiedene Grashalme und Grasfrüchte, auch Medicago, Kreuzdornblätter, Kirschblätter, Kastanien- und Ahornblätter, einige etwa 10 Centimeter lange Linsenkrautstengel, ein Stück Weidenholz, 3 Centimeter lang, im Gewicht von 0,4 Gramm, getrocknete und zusammengebundelte Früchte eines Strandsches, die Ähnlichkeit mit Waschholderbeeren haben, und Späne aus einem röhrlischen Holz, mit denen das Gemüsefeld reichlich versehen war. Dann noch ein bündiger Stroh und als edelste Beilage Blätter und Stengel von Rodmarin. Schließlich stand noch ein Klumpen Kräuterseite, die wohl als Gewichtsausgleich dienen sollte. Zur Steuer der Wahrheit sei noch bemerkt, daß obige Feststellungen sich ungestört auf die Hälfte des Inhalts beziehen. Das andre ist nicht festzustellen, da es meist zu Pulpa zerfällt ist. Man kann diesen unter großzügiger Miete am den Mann gebrachten Dreck mit bestem Gewissen — abgesehen von dem garantierten Gewicht von 50 Gramm und dem gesuchten Preise von 50 Pf. — für frechen Schwund erklären. Und das wagt man den Soldaten als — Weihnachtslebensmittel ins Feld zu schicken! Wo mögen die Kaufhäuser stehen, die solchen Betrug mit ihrem Namen decken wollen? Natürlich hat der „Erzeuger“ vergessen, seine „Pirma“ auf der Packung anzubringen. Doch läßt es gelingen, auf Grund des „eingetragenen Warenzeichens“ den Kriegsgewinner ansständig zu machen, der aus Holz, Unterkunft und Dreck Kapital holt. Dieses kleine Geschäft ist nicht anders denkbar, als daß die Probepackung an die Sachverständigen einen ganz anderen Inhalt gehabt haben muß, um zur Lieferung zugelassen zu werden. Der Brief, der dem Paket bei der Auslieferung aus dem Felde beigelegt hat, gibt dem auch unumwunden Zeugnis von der Verachtung, die dem „feinsten Rauch-Tobak-Ersatzfabrikanten“ gezollt wird.

Lebensmittkalender für Sonnabend, den 9. Februar 1918.

Für Haushaltungen.

Auflistung: Marmelade: Letzter Tag — abzugeben 12 E und K der Lebensmittelkarte Reihe A.

Butter: Letzter Tag — abzugeben Marke C der Landessett-karte 23 und Sondermarken für 12. bis 18. Februar.

Ausgabe: Fleisch: besteht mit Reichsschlachtmärkten V 1—6, Wurst 9 und 10.

Zuckerkarten: Nr. 1001—2000 der Haushaltskarte.

Für Händler.

Heringe: Warenentnahmre, Roscherstraße 23, Buchstaben E, J, L, Margarine für Konditorei: Letzter Tag der Warenentnahmre, Roscherstraße 11/12, durch die Verkaufsstellen.

Im Kampfe gegen den Preiswucher. Von der Kriegsamtstelle wird uns geschrieben: Nicht allein die Zivilbehörden, sondern auch die Militärbehörden sind fortgesetzt bewusst, Wucherer, Kettenhändler und sonstige Personen, die gegen die Kriegsgefegte verstehen, zu fassen, wo ihnen dies nur möglich ist. Das stellvertretende Generalkommando des 10. Armeekorps ist von jener eifrig bemüht gewesen, die von seinen Revieren aufgedeckten Verfehlungen insbesondere, soweit dabei Kriegswucher oder Kettenhandel in Frage kommt, zur strafrechtlichen Verfolgung zu bringen. Wieder sind von der Kriegsrohstoffstelle, der dieses Arbeitsgebiet zur Erledigung übertragen worden ist, insgesamt 457 Strafanzeigen wegen solcher oben erwähnter Verfehlungen bei den Staatsanwaltschaften erstattet worden. Davon sind allein 222 Strafanzeigen, denen Verfehlungen gegen die Höchstpreis- und Preiswucherbestimmungen zugrunde liegen. Seitdem das Kriegswucheramt in Dresden vor reichlich Jahrestag in Tätigkeit getreten ist, arbeitet die Kriegsrohstoffstelle mit dem Kriegswucheramt gemeinsam in der Weise, daß Strafanzeigen wegen Preiswuchers nur, nach Einvernehmen mit dem Kriegswucheramt erachtet werden. Dies geschieht deswegen, um eine einheitliche Beurteilung der Fälle zu gewährleisten, denn das Kriegswucheramt ist als Zentral- und Beratungsstelle aller Behörden für Fragen der Preisbildung geschaffen worden. Durch rechtskräftige Urteile sind, abgesehen von den ausgeworfenen Freiheitsstrafen, bisher auf Grund der von der Kriegsrohstoffstelle erstatteten Strafanzeigen 653 240 M. Geldstrafen verhängt worden. Die übrigen Strafverfahren harren, abgesehen von einigen wenigen, welche infolge Annahme, Todessalles oder aus subjektiven Gründen inzwischen ihre Erledigung gefunden haben, der Aburteilung. Besonders sei noch erwähnt, daß in letzter Zeit besonders schwere Vergehen gegen das Kettenhandelsverbot — häufig in Verbindung mit wucherischer Preissteigerung — aufgedeckt und den ordentlichen Gerichten zur Aburteilung vorgelegt worden sind. Aus alledem ergibt sich, daß unnachgiebig gegen solche Personen, die sich Verfehlungen zuschulden kommen lassen, vorgegangen wird.

Vorläufig keine Rendierung der Fleischpreise in Leipzig. Durch eine Verordnung vom 20. v. M. hat das Sächsische Ministerium die am 12. Dezember v. J. festgesetzten einheitlichen Fleischhöchstpreise erhöht mit Absicht auf die Verkürzung der Schlachtabstände und die Notwendigkeit, Fleiersleisch mit in die Verteilungen einzubeziehen, sowie auf die hohen Kosten für die Wurstherstellung. Die Stadt Leipzig hat, wie der Rat mitteilt, von einer Einführung der nach der Verordnung des Ministeriums vom 12. Dezember v. J. ab 1. Januar d. J. geltenden einheitlichen Höchstpreise absagen müssen, um erhebliche Verluste zu vermeiden. Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern bleiben in Leipzig zunächst die von den Einheitspreisen abweichenenden früheren Höchstpreise (Ratsbekanntmachung vom 16. Oktober 1917) noch in Kraft.

Die Lebensmittelversorgung der Stadt Leipzig. Soeben in 2. Auflage erschienen ist die Sammlung der Bekanntmachung des Rates über die Lebensmittelversorgung und -Verteilung herausgegeben nach dem Stande vom 20. November v. J. vom Kriegsernährungsamt des Rates der Stadt Leipzig. Die Broschüre umfaßt 24 Seiten und gibt Aufschluß über die Regelung des Verkehrs mit Lebens- und Gebrauchsmittern, soweit sie öffentlich bewirtschaftet werden. Neu hinzugefügt ist dem Buche eine Erläuterung über die Geschäftsverteilung des städtischen Kriegsernährungsamtes.

Müssen die Bürgermeister Juristen sein? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine Eingabe des Sächsischen Jugend- und Arbeitsvereins an die städtischen Körperschaften des Landes — also auch an die Leipziger — und beantwortet sie im vorneindigen Sinne. Es wird in der Eingabe erwartet, daß die Aufgaben städtischer Verwaltungstätigkeit zunehmend auf Gebiete liegen, zu deren Bearbeitung geeignete Vertreter aller wissenschaftlich gebildeten Berufe ebensofort geeignet sind wie die juristisch Borgebildeten. Die Eingabe erwartet die städtischen Körperschaften, zu beobachten, in Zukunft bei der Vergabe von solchen Stellen, die nicht ansonsten rechtstümlichen Personen vorbehalten sind, auch Personen mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung zu berücksichtigen und diese mit den Juristen völlig gleichzustellen. Begründet wird die Forderung damit, daß nicht die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Stande, sondern lediglich Tüchtigkeit das entscheidendeste sein möchte, ob eine Persönlichkeit zur Führung eines Gemeinwesens berufen ist.

Sommerfahrplan und Sommerzeit. Der Sommersfahrplan wird in diesem Jahre ohne Zweifel zur gewohnten Zeit, am 1. Mai, eingeführt werden. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat dazu zu diesem Zweck eine besondere Verfügung erlassen, daß die ersten Entwürfe dafür rechtzeitig spätestens zum 1. März, die endgültigen Entwürfe spätestens am 5. April vorgelegt. Zahlreiche Änderungen wird der neue Fahrplan allerdings kaum bringen. Im allgemeinen wird die Zahl der gesuchten Züge ungefähr dieselbe bleiben. In dem einen oder anderen Falle wird es noch nötig sein, den Fahrplan einzelner Züge zu entspannen, um sie den lebigen Betriebsverhältnissen anzupassen. Auch die Sommerzeit wird in diesem Jahre kaum andeleben. Wie im vorigen Sommer wird aber wieder der Wechsel des Fahrplans und der Zeit nicht zusammenfallen. Für die Wahl des Zeitpunktes sind die Erfahrungen des vorigen Jahres maßgebend.

Wegfall von Schnellzügen an Sonn- und Festtagen. Die Schnellzüge D 121: ab Dresden Ob. früh 1,10, in Görlitz 3,07, in Dresden Ob. 5,58; D 128: ab Dresden vormittags 11,28, ab Görlitz nachmittags 2,20, in Dresden Ob. 4,15; D 69: ab Dresden Ob. nachmittags 1,50, in Berlin Am. Bahnh. 5,05; D 64: ab Berlin Am. Bahnh. nachmittags 1,08, in Dresden Ob. 4,07 und 70: ab Elsterwerda 9,20 nach Riesa-Chemnitz fallen vom 10. Februar an an Sonn- und Festtagen aus und verkehren nur noch an Werktagen.

Die Klassen zur Förderung begabter Volksschüler, die kürzlich in Leipzig beschlossen worden sind, werden vom Zeitungsdienst des Deutschen Lehrerbundes als „beschädigte Einrichtungen“ bezeichnet. Dieses Urteil von Fachleuten dürfte den Vätern der Elternrichtung doch vielleicht zu denken geben.

Kaninchenausstellung. Von 9. bis 11. Februar findet auch dieses Jahr wieder eine große Kaninchenausstellung in der Festhalle der Brauerei Stöckert statt. In Verbindung mit der Ausstellung findet auch Anlauf von Hellen statt. Wer die meisten Felle abliest, erhält außer den festgesetzten Höchstpreisen noch die von der Kriegsfallaktengesellschaft ausgesetzten Prämien. Eröffnung Sonnabendmittag 1 Uhr, alles Nähere ist aus der Anzeige ersichtlich.

Tobak-Ersatz. Der preußische Finanzminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzamt gefaßt, daß Tabakmischungen noch als Tobak bezeichnet werden, wenn der Tabak mehr als 5 v. H. des Gesamtgewichtes ausmacht. 94% v. H. können also Unkraut jeder Art sein, wenn 5% v. H. Tabak dazu kommt. Es ist unglaublich, was jetzt alles von den Behörden gestattet wird. Natürlich sind solche „Mischungen“ in der Regel auch noch viel teuer.

Gips als Stärkemittel. Um die Plättwäsche zu stiefeln, werden Stärkemittel verwendet, die in letzter Zeit mit Gips, Schwefel und anderen Mineralien vermischte sind. Die Wäsche wird dadurch ruiniert, denn sie wird brüchig, und der Gips ist auch nicht leicht zu entfernen. Es ist stärkeres Neißeln notwendig, was die Wäsche sehr mitnimmt.

(K. M.) Ausführungsverbot von Zeichnungen. Diestellvertretenden Generalkommandos des 12. und 10. Armeekorps haben auf Grund von § 9b des Gesetzes über den Belagerungsstand verboten, nicht durch Druck verstellbare technische Zeichnungen ohne Genehmigung der für den Versandort zuständigen Kommandobehörde auszuschicken. Die Genehmigung ist im Besitz desstellvertretenden Generalkommandos des 12. Armeekorps bei der Polizeidirektion Dresden, Presselberwaltungsstelle, im Bezirk desstellvertretenden Generalkommandos des 10. Armeekorps bei dessen Presseabteilung in Leipzig, Dörrstrasse 2, nachzusehen. Die Zeichnungen dürfen nur Zeichnungen enthalten und sind zur unmittelbaren Weiterleitung postfertig einzurichten.

Das Miel- und Hypothekeninigungsgesetz führt vom 11. Februar 1918 an die getilgte Geschäftstags wieder ein. Sie ist Montags bis Freitags auf die Zeit von 8—11½ Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags festgesetzt, während Sonnabends ununterbrochen von 8—2 Uhr gearbeitet wird. Sprechstunden: Montags bis Freitags 8—5 Uhr nachmittags.

In den 18 städtischen Speiseanstalten beließ sich in der Woche vom 28. Januar bis 2. Februar die Speisenabgabe auf rund 88 000 Mahlzeiten gegenüber rund 83 400 in der Woche zuvor.

Lebensmittel nur für Pamster. Durch die Presse geht folgende Mitteilung, die für unsere Nahrungsmittelversorgung überaus charakteristisch ist:

Im Bärenischen Wald, konnte neulich die amtliche Aufsicht einen weder ein Gramm Fett noch ein Ei erhalten. Am nächsten Tage erschienen zwei Münchener Pamsterinnen, die nach Berlin exportierten. Diese brachten in einigen Stunden einen halben Bentner Schmalz, mehrere Schok Eier, Schweinefleisch, Geißel und Mehl in erträglichen Mengen zusammen. Sie wurden freilich erwischt und festgenommen. Eine Bäuerin nahm sie sofort verlaufen den Bentner Schmalz um 1000 Pf. ab.

Es sind also Lebensmittel vorhanden; sie müssen nur beim Probierten erfaßt werden. Jetzt wird aber ein Teil für die Pamster reserviert, und die nicht zahlungsfähige Bewohner hat das Nachsehen. Wie lange wird man diese Zustände noch dulden?

Aufwandsentschädigung bei Unterbrechung der Dienstzeit. Durch die Entlassung von Mannschaften zur Ver

Aus der Reichshauptstadt.

Kunsthonig. Auf Abschnitt 5 der Lebensmittelliste der Stadt Berlin entfallen $\frac{1}{2}$ Pfund Kunsthonig und auf Abschnitt 8 der Lebensmittelliste für Jugendliche $\frac{1}{2}$ Pfund Kunsthonig.

"Kuchen" aus Mohrrüben. Was als "Kuchen" verkauft wird, zeigte eine Anklage wegen Nahrungsmittelvergehens, die das Schöffengericht Berlin-Mitte gegen den Bäcker August Neipisch zu verhandeln hatte. Er hatte einen Kuchen herstellen lassen, der nach dem Gutachten des Geh. Rats Judenack nicht nur mit Mohrrüben, sondern auch mit Spelzmehl vermischt war und eine ganz falsche Oberschicht hatte. Der Angeklagte wurde zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

200 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer werden die Gemeinden Köpenick und Königs Wusterhausen als Gemeindeeinkommensteuer erheben.

Der geprellte Postpaketmärder. Einem Berliner Blatt werden folgende Angaben gemacht: Die Veruntreuungen von Lebensmittelräubern hat die Absender veranlaßt, alle gefährdeten Sendungen unter Nachnahme zu schicken. Aber auch Nachnahmen werden gestohlen; oft lösen die Diebe die Nachnahmen selbst ein. Dabei empfängt der Absender den Geldbetrag, ohne daß das Paket den Empfänger erreicht. Diese üble Erfahrung hat einen Beamten in Groß-Berlin binnen kurzer Zeit zweimal machen müssen. Er griff darauf zur Selbsthilfe. Er veranlaßte den Absender zur Ausgabe einer dritten Nachnahmesendung, deren Inhalt aus Sand und wertlosen Abfällen bestand. Auch dieses Paket gelangte nicht in seinen Besitz, während der Absender den Nachnahmebetrag erhielt. Der Dieb durfte nicht wenig überrascht gewesen sein, als er beim Auspacken der erhöhten Lebensmittel erkannnte, daß er in eine Falle geraten war. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Erfahrung ausgenutzt wird, um mühelose Gewinne zu erzielen, besonders wenn die Pakete durch Form und Gewicht den Anschein von Lebensmittelversendungen haben. Die Postpaketmärder gespielen dadurch in ständige Gefahr, für ihr Geld völlig wertlose Sendungen zu erwerben.

Familienkramen. Der im Heeresdienst liegende 35 Jahre alte Wilhelm Döring, Teupitzer Straße, hatte seine 33 Jahre alte Frau, die sich von ihm getrennt hatte, zu einer Aussprache nach dem Weichselplatz in Neukölln bestellt. Dort zog Döring nach einem kurzen heftigen Streit einen Revolver und schoß erst auf die Frau, dann auf sich selbst. Die Frau wurde am Obersehenkel, D. an der Brust schwer verletzt. Beide wurden nach dem Krankenhaus gebracht. — Ein zweiter ähnlicher Fall ereignete sich in der Frankfurter Allee. Dort beging nach einem Mordversuch an seiner Frau der 35 Jahre alte Schlosser Paul Redlich in seiner Wohnung Selbstmord, indem er sich, als zwei Schuhmänner eindrangen, um ihn festzunehmen, eine Revolverkugel in den Kopf schoß. Er war auf der Stelle tot.

Für 40 000 Mk. gestohlene Filme fielen der Kriminalpolizei zu Weikensee in die Hände. Die Kriminalpolizei verhaftete einen Mann, der die Filme erst vor wenigen Tagen bei einem Einbruch in eine Entwicklungsanstalt im dritten Stock eines Hauses in der Mönchenstraße gestohlen hatte.

Der Seidendiebstahl. Vor einiger Zeit wurden aus dem Seidenhaus Michels u. Co. in der Leipziger Straße für 175 000 Mark Seidenwaren gestohlen. Als Diebe sind zwei Brüder, Emil und Ernst Strauß, aus der Seestraße verhaftet worden. Ein großer Teil der Beute wurde teils bei den Dieben, teils bei deren Helfern, von denen gleichfalls einige verhaftet wurden, voraufgefunden. Die Einbruchswerzeuge, mit denen die Diebe gearbeitet hatten, stammen aus dem Polizeimuseum. Von dort sind sie bei einem Einbruch gestohlen worden. Unter den verhafteten Helfern befindet sich auch ein Gefangnisinspektor.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Dresden, 7. Februar.

Während früher die Staatskapitel der einzelnen Ministerien ohne große Aussprachen erledigt wurden, ist es diesmal anders. Nicht nur, daß über den ministeriellen Verwaltungszweig gesprochen wird, es kommt zu regelrechten politischen Auseinandersetzungen. Diese stehen geistig zwar noch nicht sehr hoch, aber schon der Anfang dieser Auseinandersetzungen ist zu begrüßen. Die Regierung will dadurch gewinnen, ihre Politik darzulegen, was zur Aufführung in der Öffentlichkeit wesentlich beiträgt. Auch die heutigen Auseinandersetzungen werden in ausländerndem Sinne wirken. Zur Beratung stand u. a. das Finanzministerium. Die nationalliberale Fraktion bemühte die Gelegenheit zu einem Vortrag, um den Finanzminister zur Darlegung seiner Auffassung über Steuer- und Wirtschaftspolitik zu veranlassen. Der nationalliberale Redner Göpfert sprach in pathetischen Tönen davon, daß es mit der sächsischen Steuer- und Wirtschaftspolitik so nicht weitergehen dürfe. Vor allem müsse mit der Steuerhamsterei Schluss gemacht werden, es müssten neue Einnahmequellen erschlossen werden, das Reich werde den Bundesstaaten das Vorrecht der Erhebung direkter Steuern nicht länger lassen. Was dann? Die Regierung müsse auch neue Bahnen wenden, um das Wirtschaftsleben in Gang zu bringen, was auch große Mittel erfordere. Der Haushalt müsse viel beweglicher gestaltet werden. Wir gehen einer sehr schweren Zukunft entgegen, da diese die Regierung die Dinge nicht an sich herantunnen lassen, ehe sie

sich zum Handeln entschließe. Das Defizit ist von 150 auf 200 Mill. Mark gestiegen; mit der Verschleierungspolitik muß Schluss gemacht werden; denn diese führt zum Zusammenbruch, vor dem wir jetzt stehen. Nach all diesen hochwunden pathetischen Redensarten wartete man ungeduldig auf die Vorschläge, die kommen sollten. Welches sollen die neuen Finanz- und Steuerquellen sein? Welches die neuen wirtschaftlichen Bahnen? Kein Wort darüber. Nur die Bemerkung, es könne ein Finanzausgleich eingesehen werden, der den Haushaltplan mit aussiele.

So wie der Vortrag verlief auch die Debatte: fruchtlos! Aber eines trat auf, daß weder die Regierung noch die bürgerlichen Parteien wissen, wie aus dem Elend herauszulommen ist. In jener langen Rede brachte der Finanzminister es zu seinem positiven Gedanken, auf den einzugehen sich lohne. Das Finanzelend ist nur durch eine große Kriegsentschädigung zu beseitigen. In welcher hilfloser Lage sich Herr v. Seydelwitz befand, zeigt sein Ausdruck, er habe immer gespart, die 80 Millionen Steuerüberschüsse seien doch ein drastischer Beweis. Er merkte dabei nicht einmal, wie er den schon in der Ersten Kammer erhobenen Vorwurf der Steuerhamsterei damit bestätigte. In seiner Verlegenheit griff er zu dem Mittel, die wirtschaftliche Lage rosig zu schildern und sprach in scheinbar vollem Ernst den Satz aus, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft habe sich seit Kriegsbeginn gehoben. Gelächter bei den Sozialdemokraten, betretenes Schweigen bei den Bürgerlichen zeigte ihm, wie er sich mit seiner Verteidigung hineingeritten hatte.

Noch schlimmer ging es ihm mit seiner zweiten Verteidigungsrede. Der Abg. Brodau machte sich das Vergnügen, den Minister zu fragen, wie er sich die Erlangung einer Kriegsentschädigung denkt. Entrückt wies v. Seydelwitz darauf hin, daß „wir“ sie haben müssten, weil „wir“ den Krieg nicht angesangen hätten. Die Konservativen, die dem Minister durch Jurate zu Hilfe zu kommen suchten, waren vollständig über die Debatte, denn nur zu deutlich zeigte sie die kommenden Auseinandersetzungen über die Kriegsschuld und damit über die Verantwortung an. Die Konservativen Abg. Dr. Höhnel und Dr. Böhme suchten in längeren Reden die sächsische Finanzpolitik zu verteidigen, aber in der Sache wirksam ist es ihnen nicht gelungen, dagegen hatten sie mit ihren Angriffen gegen die Nationalliberalen mehr Glück. „Haben Sie denn die Finanzpolitik nicht auch beschlossen und mitgemacht?“ „Welches sind denn Ihre zukünftigen Steuer- und Wirtschaftspläne?“ Ängstliche Fragen! Vermöglich müßte sich der Abg. Röhrsche, Göpferts Ausführungen zu verteidigen, er brachte es nur zu einem wenig beweisträchtigen Kommentar der Göpfertschen Ausführungen. Der erste Auftritt verspricht ein gutes politisches Musical.

Gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen wurde dem Minister schließlich das Gehalt bewilligt.

Die andern Kapitel wurden schnell erledigt, mir beim Kapitel Großer Garten brachte der Abgeordnete Linke die niedrigen Löhne der gelernten und ungelernten Arbeiter zur Sprache, von denen der Minister in seiner Antwort behauptete, daß sie angemessen seien.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

25. Sitzung. Donnerstag, 7. Februar 1918, mittags 12 Uhr.

Auf der Tagessitzung steht der

Haushalt des Finanzministeriums

Finanzministerium, Verwaltung der Staatschulden, Großer Garten in Dresden, Alters- und Landeskulturrentenbank, Hochbauverwaltung, Bauverwalterei, Albrechtsburg in Meißen usw.).

Abg. Göpfert (nat.) ist mit der bisherigen Steuerpolitik nicht einverstanden; sie sei eine Vorrats- und Hamsterpolitik gewesen. Der Krieg habe einen Wendepunkt in der Steuerpolitik gebracht. Die Staatschulden seien heute viel größer als zu Alters Zeiten, infolgedessen besteht Gefahr, daß es nun erst recht wieder heißen werde: Sparen. Das müsse aber verhindert werden. Er diente an die Einsetzung eines Finanzausschusses, der nicht nur die Finanzpolitik beeinflussen, sondern auch bei der Aufstellung des Staats mitwirken solle.

Abg. Brodau (konschr., Bg.) betont, daß von seinen politischen Freunden an den Alterschen Finanzpolitik, die von seinem Nachfolger fortgesetzt worden sei, schon wiederholt Kritik geübt worden sei. Der Finanzminister habe in der Ersten Kammer an seinem alten Standpunkt zäh festgehalten: die direkten Steuern den Einzelstaaten, die indirekten dem Reich. Die Hoffnung auf eine Kriegsentschädigung spielt bei ihm nach wie vor eine große Rolle. Nach Aussicht seiner Partei freute sich er auf der Gestaltung des Krieges mindestens zweckhaften, ob eine Kriegsentschädigung zu erwarten sei. Habe sich nun schon der Minister die Frage vorgelegt, wie die Reichsschulden gestaltet werden müssen bei einem Frieden ohne Kriegsentschädigung? Es werde zu einem Kompromiß kommen müssen.

Abg. Höhnel (konf.), Den Abgeordneten Brodau frage er, ob denn unsere Feinde auf Kriegsentschädigung verzichtet haben. In dieser Frage gebe er dem Finanzminister recht. Außerdem, wie die des Abgeordneten Brodau wirkten nur Kriegsverlängernd.

Finanzminister v. Seydelwitz vermag die Kritik des Abgeordneten Göpfert an der bisherigen Finanzpolitik nicht als berechtigt anzuerkennen.

Wir werden nach dem Kriege noch in ganz andere Weise sparen müssen als bisher.

Über die Frage des Verhältnisses zum Reich habe er sich schon wiederholt geäußert.

Es sei eine Notwendigkeit für die Existenz der Einzelstaaten, daß ihnen die direkten Steuern vorbehalten bleiben.

Das Reich habe andere Mittel.

Zur Gesetzesgebung im Reich gehöre nicht bloß der Reichstag, sondern auch der Bundesrat. Mache dieser nicht mit, so werde aus der ganzen Sache nichts.

Zur Frage der Kriegsentschädigung bemerkte der Minister, daß durch Anerkennungen wie die des Abgeordneten Brodau der Krieg nicht verkürzt werde. (Abg. Brodau: mit solchen Forderungen erst recht nicht!) Sollten wir aus diesem Kriege, den wir nicht gewollt haben (Brotkreuz des Abgeordneten Leibniz), ohne eine Kriegsentschädigung hervorgehen, so wäre das für unsre ganze Wirtschaft ein Unglück.

(Befürchtet Rechts)

Abg. Dr. Böhme (konf.) stellt sich im wesentlichen auf den Standpunkt des Ministers.

Vizepräsident Dr. Spies (konf.) ist erfreut, daß der Finanzminister mal mit Nachdruck auf den Bundesrat als gleichberechtigten Faktor (mit dem Reichstag) hingewiesen habe.

Abg. Röhrsche (nat.) bemerkt zur Frage der Kriegsentschädigung, der Standpunkt seiner politischen Freunde sei: man nähme natürlich soviel als man lege. Unpraktisch sei es, schon jetzt zu sagen, daß wir keine Kriegsentschädigung bekommen können. Falsch sei es aber auch, Hoffnungen zu erwecken, die sich nicht verwirklichen lassen.

Der Haushaltplan wird darauf genehmigt, das Gehalt des Finanzministers gegen die Stimmen der Abhängigen Sozialdemokraten und der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bei Kap. 75 (Großer Garten und sonstige staatliche Gartenanlagen) fordert

Abg. Linke (soz.) eine bessere Entlohnung der in diesen Anlagen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Finanzminister v. Seydelwitz bezichnet die gezahlten Löhne für die Leistungen der Leute angemessen, will aber die Verhältnisse nochmals prüfen lassen.

Abg. Koch (konschr., Bg.) willst eine Erhöhung des Tariffs bei der Alterrentenbank.

Geh. Finanzrat Hedrich bittet, erst friedlichere Zeiten abzuwarten.

Darauf werden auch die übrigen Kapitel genehmigt.

Nächste Sitzung: Montag, nachmittags 4 Uhr.

Berichtsaal.

Landgericht.

Er wollte Spion werden. Der 35jährige Tischler Paul Hugo Kunze aus Großbardau erfuhr letzte Woche aus dem August vergangenen Jahres hier in Leipzig von einem Polsterwarenhändler 1200 Mk. Dafür wollte er ihm angeblich Dienste und Drell liefern. Das Geld hat er gebraucht, um einem französischen Kriegsgefangenen, der ihm mehrere tausend Mark Belohnung versprochen hatte, über die Grenze nach der Schweiz zu verschaffen. In der Nacht zum 9. September wurden die beiden aber bei Singen in Baden von der Grenzwache abgefangen. Am 16. Oktober wurde Kunze vom Schöffengericht Brodau zu sieben Monaten und zwei Wochen Gefängnisstrafe verurteilt. In der Verhandlung hat er behauptet, er habe zugunsten Deutschlands in Frankreich spionieren wollen und den Gefangenen gebraucht, um sich das Vertrauen der französischen Armeeleitung zu erwerben. Er habe dann erzählt wollen, daß er im Beisein von Modellen deutscher U-Boote sei; einige hohe französische Offiziere würden sich mit ihm in ein großes Ringen gegeben haben und würden nach Deutschland gestoßen sein, wo er sie dann hätte verhaftet lassen. Am 20. November erkannte das Schöffengericht Grimm gegen Kunze wegen Beleidigung der höflichen Beamten auf vier Wochen Gefängnis; jetzt verurteilte die zweite Strafkammer des Landgerichts, vor der er sich wegen Betrugs im wiederholten Maße zu verantworten hatte, den schon oft vorbestraften Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von zwölf Jahren drei Monaten und 14 Tagen, 800 Mk. Geldstrafe und fünfjährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Schöffengericht.

Zwiderhandlung gegen das Handelsverbot. Da gegen den Kaufmann Friedrich Wilhelm Wittkowsky hier ein Strafverfahren anhängig war wegen Preiswinters beim Verkauf von Gegenständen des täglichen Bedarfs und des Kriegsbedarfs, so war ihm mit Verfügung vom 7. Mai 1917 vom Rat der Stadt Leipzig der Handel untersagt worden. Wittkowsky hat den Handel mit solchen Waren trotzdem fortgesetzt, der zweitl. chemische Erzeugnisse vertrat. Er hatte sich deshalb vor dem Schöffengericht zu verantworten. In der Verhandlung suchte der Angeklagte nachzuweisen, daß die von ihm verkauften Erzeugnisse nicht zu denjenigen gehörten, die unter die angezogenen Bestimmungen fallen. Dieser Nachweis hielt das Schöffengericht indessen nicht für erbracht; es erkannte gegen den Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von drei Wochen.

Briefkassen der Redaktion.

Abg. 50. Haben Sie nur von Ihrer Wohnung ein Zimmer vermietet, so haben Sie kein Pfandrecht! Sind Sie Eigentümerin des Hauses, so steht Ihnen ein Pfandrecht zu, und Sie können den Gegenstand, wenn er für den Mieter nicht unentbehrlich ist, öffentlich versteigern lassen, wenn dem Mieter der Verkauf angedroht worden ist.

C. B. 64. Sie können sich auf Neilen abmelden, wenn Sie dafür sorgen, daß Ihnen die amtlichen Sendungen an den Ort geschickt werden, in dem Sie beschäftigt sind. Nähere Auskunft erfordert Ihnen das Bezirkskommando.

Infanterist M. Das Generalkommando hat das Gefühl gar nicht genehmigt, sondern nur weitergegeben. Nehmen Sie eine neue Eintrittskarte ein.

C. B. 107. Jede Beschwerde muß innerhalb fünf Tagen angetragen werden.

Unglück. Chebruch ist ein Scheidungsgrund. Der für schuldig erklärte Ehemann ist verpflichtet, die Frau zu unterhalten, wenn diese nicht ihren Unterhalt aus dem Ertrag ihrer Arbeit bestreiten kann. Wird die Klage angestrengt, solange der Mann im Felde steht, so erlebt sie eine Unterbrechung.

A. G. Berlin X. Die Rede ist von uns nicht ausführlich gebracht worden.

A. Th. 100. Das können wir nicht genau sagen.

B. 100. Diejenigen haften, die das Geld unterschlagen haben. Ob auch diejenigen haftbar gemacht werden können, die es an der nötigen Kontrolle haben fehlen lassen, können wir von hier aus nicht beurteilen.

Abonnent in Landsberg a. R. Ein Verbot für Beamte besteht nicht. Sie können unser Blatt abonnieren.

Pantow 24. Ihr Bekannter soll sich an unsere Expedition wenden und sich die Zeitung als Feldpost unter Kreuzband senden lassen. Sie kostet dann nur 1.05 Mk. monatlich.

M. 3. 23. Seien Sie das Vermögensschägericht von den Vorgängen in Kenntnis; hier wird man Ihnen mitteilen, wie Sie sich zu verhalten haben.

A. G. Schwinn. Das uneheliche Kind erhält nicht vom Vermögen des Vaters. Sein Aufprall auf Alliierte wird durch den Tod des Erzeugers nicht beseitigt. Die Eltern haben aber das Recht, das Kind mit einem Betrag abzufinden, der dem Kind als Pflichtteil gebühren würde, wenn es ehelich wäre. Waisen- oder hinterbliebenenrente kann die Mutter nicht beanspruchen. Einem unehelichen Kind, dessen Vater im Kriege gefallen oder der an einer Kriegsdienstbeschädigung verstorben ist, kann im Bedürfnisfall eine einmalige Unterstützung gewährt werden. Gebüße sind an die Ortsbehörden zu richten.

A. Th. 100. Das können wir nicht genau sagen.

B. 100. Diejenigen haften, die das Geld unterschlagen haben. Ob auch diejenigen haftbar gemacht werden können, die es an der nötigen Kontrolle haben fehlen lassen, können wir von hier aus nicht beurteilen.

Heinrich Triestisch. J. S. im Felde.

Worung.

Ich warne hiermit, Clara Triestisch, Kleinsch., Witzburger Str. 10, auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich sie nichts aufsume.

Heinrich Triestisch. J. S. im Felde.

Inserate

für die fällige Nummer bestimmt, erblitten bis spätestens 9 Uhr vorm. am Erscheinungstage.

Arbeitsmarkt

Tüchtige

Bauschlosser und Mechaniker

stellt sofort ein

Optische Anstalt C. P. Goerz A.-G.
Abt. Scheinwerferbau System Körting & Mathiesen
Lentzsch b. Leipzig, Franz-Flemming-Straße 2a.

</div

Professor Unrat.

Roman von Heinrich Mann.

10]

Nachdruck verboten.

Sie räumte von einem der Stühle die Nüsse und bunten Hosen weg, nahm eine Flasche vom Tisch und füllte ihm ein Glas. Unrat trank, um Weitläufigkeiten zu vermeiden. Die Frau fragte:

"Seit wann kennen Sie denn die Rosa? Ich hab Sie doch noch nie gesehen?"

Unrat sagte etwas, aber das Klavier verschlang es. Die Künstlerin fröhlich erklärte:

"Er ist der Lehrer von den Jungen, die mir hier immer mang die Kleedchen führen."

"Ah so, Lehrer sind Sie?" fragte der Künstler. Er trank ebenfalls, schnalzte und sand seine natürliche Gemütslichkeit wieder.

"Sie, denn finde mein Mann. Sie werden nächstens wohl sicher auch für den Sozialdemokraten stimmen, was? Wissen Sie, wenn wir es nicht machen, können Sie auf die Ausbeutung der Lehrergehälter warten, bis Sie Läuse kriegen. Mit der freien Kunst ist es gerade so: Politische Belästigung und kein Geld. Die Wissenschaft —"

Er zeigte auf Unrat.

"Und die Kunst —"

"kommen allemal aus demselben Käsegeschäft."

Unrat äußerte: "Dem mag man sein wie ihm wolle, so irren Sie doch in Ihrer ersten Voransicht, Mann, niemals ich kein Volksschullehrer bin sondern der Professor Doktor Raat vom hessigen Gymnasium."

Der Mann sagte bloß:

"Na prost." Man nannte sich doch, wie man wollte, und wenn es irgend einem gefiel, Professor zu spielen, war das kein Grund zur Feindschaft.

"Also Lehrer sind Sie?" meinte die Frau freundlich. "Das ist auch woll'n ruppiges Brot. Wie alt sind Sie denn schon?"

Unrat antwortete bereitwillig wie ein Kind:

"Siebenundfünfzig Jahre."

"Schönzeitig haben Sie sich aber gemacht! Geben Sie mir Ihren Hut her, daß wir man das Aergste runterkriegen."

Sie nahm ihm seinen Mauerhut vom Schuh, reinigte ihn glättete sogar die Krümme, rückte ihn liebevoll auf Unrats Kopf zurecht. Dann klopfte sie, und prillte dabei ihr Wohl, schalkhaft gegen seine Schulter. Er sagte mit schlem Lächeln:

"Das haben Sie — nun doch immerhin — recht brav gemacht, gute Frau."

Aber er empfand diesmal etwas andres als die unlustige Anerkennung des Gewaltahers für geleistete Pflichten. Er lächelte sich hier vor Leuten, denen er trotz der Rennung seines Titels offenbar noch im Inkognito gegenübersaß, mit eigentümlicher Wärme angesicht. Ihnen verdaute er ihre Respektlosigkeit nicht. Er entschuldigte sie; es fehlte ihnen sichtlich "jeder Makel"; und entwidigte damit auch die Lust, die er selbst spürte, von der Bilderschlichtheit der Welt einmal abzusuchen, in seiner gewöhnlichen Bespannung nachzulassen — abzurutschen, sei es nur auf ein Bierstühlchen.

Der dicke Mann holte unter einem Paar Unterhosen zwei deutsche Flaggenbücher hervor, schnaufte und blinzerte dabei Unrat zu, als sei er mit ihm im Einverständnis. Die dicke Frau hatte alle Schrecken verloren; Unrat hatte Ruhe, gehabt zu erkennen, daß die scheinbare Abgeschiedenheit ihres Blicks durch schwarze Malerei künstlich erzeugt war. Nur zu der Künstlerin fröhlich stand er kein unbefangenes Verhältnis. Doch stand sie abgewendet und mit sich beschäftigt; sie näherte an ihren ausgerafften Rücken ein Gewinde von Stoffblumen.

Das Klaviersstück endete mit Wucht. Es klirrte. Der Künstler sagte:

"Wir müssen raus, Guste."

Und zu Unrat, gnörhaft:

"Sehen Sie sich das mal an, Herr Professor, wie wir arbeiten."

Er warf seine alte Jacke ab, die Frau ihren Abendmantel. Sie drückte Unrat noch mit dem Finger:

"Nur immer hübsch aufständig mit der Rosa. Nich wieder so temperamentvoll."

Da ward die Tür von draußen halb aufgemacht, und Unrat sah mit Erstaunen die beiden dicken Leute ganz unvermittelt in ein unruhiges Gelänzel verfallen und die Arme rückwärts gestreckt und den Kopf im Nacken, ein von sich selbst entzücktes Lächeln annehmen, das zu Besuch heranforderter. Wirklich ging, kaum daß sie dem Saal zu Gesicht kamen, ein erfreutes Räuspern an.

Die Tür hatte sich geschlossen, Unrat war allein mit der Künstlerin fröhlich. Er war in Wahrheit darüber, was nun kommen würde, und schlich mit den Augen durch das Zimmer. Beißharte Handlacher tranken sich am Boden umher, auf dem Wege von dem Toilettenspiegel mit den Blumensträußen bis zum Tisch, neben dem er saß. Außer den zwei Weinschlägen trug der Tisch viele Gläser und Flaschen mit allerlei Getränken, nach denen es roch. Die Weinflaschen standen auf Notenblättern. Unrat rückte das sehnige ängstlich aus der Nähe eines Portefeuilles, das die dicke Frau daneben gelegt hatte.

Auf einen der mit abenteuerlichen Kleidungsstückchen bedekten Stühle stützte die Künstlerin fröhlich ihren Fuß, indem sie nähte. Unrat sah es nicht selbst; so viel unternahm er nicht; er erfuhr es nur durch den Spiegel, dem sie angelehnt stand. Daraus ging bei Unrats erstem, gehetztem Hinsehen hervor, daß auf ihren langen, sehr langen schworzen Strümpfen veilchenblaue Sickererei war. Eine Weile wagte Unrat nichts mehr. Dann machte er die angstvolle Entdeckung, daß ihr zwischen den Maschen eines schwarzen Necks blau hervorschimmerndes Seidenkleid nicht einmal bis unter die Achseln reichte, und daß, so oft sie mit Radel und Faden weit in die Lust fuhr, in der Höhe unter ihrem Arm etwas Blondes erschien. Darauf sah Unrat nicht mehr hin.

Die Stille bedrückte ihn. Auch draußen ging es viel ruhiger zu als vorher. Nur kurze, geschnüte Laute, etwas heiser und verfeitert, wie von dicken Leuten, die sich abarbeiteten. Nur völliges Schweigen; darin das Achzen und Klirren von etwas Metallischen, das gebogen wird. Klars schwer zu bestimmendes, wie das Atmen einer Menge. Plötzlich das Wort "Ab" und zwei schwere Klumpfe, kurz nacheinander. Und aus dem losbrechenden Besuch hervor: "Gottsdunner!" und "Au soll doch!"

"Das war gemacht," sagte die Künstlerin fröhlich und hob den Fuß vom Stuhl. Sie war fertig.

"Na und Sie? Sie sagen ja gar nicht mehr."

Unrat mußte wohl hinschauen; aber sie verwirrte ihn gleich wieder durch ihre Unruetheit. Ihr Haar war rötlich, eigentlich rosig, fast klar und enthielt mehrere geschliffene grüne Glassstücke, in ein verbogenes Diadem gefaßt. Die Brauen über den trockenblauen Augen waren sehr schwarz und klug. Aber der Glanz der schönen bunten Farben in ihrem Gesicht, rot, bläulich, perlmutt, hatte gelitten vom Staub. Die Frisur sah eingesunken aus, und als sei von ihrer Leucht Kraft etwas davongeschlagen in den qualmigen Wirtschaftsaal. Die blonde Schleife an ihrem Hals hing weiss, die Stoffblumen um ihren Nacken mit roten Köpfen. Der Nackt blätterte von ihren Schultern, zwei Flecke waren auf ihren Strümpfen, und die Seite ihres kurzen Kleides schillerde aus erniedrigen Falten. Das schwach gerundete, leichte Fleisch ihrer Arme und ihrer Schultern

war einem abgegriffen vor, trog seiner Weite, die bei jeder raschen Bewegung davon abstürzte. Ihr Gesicht kannte Unrat schon sehr hochfahrend, mit feindseligen Zügen, die noch in der Bildung waren, und die die Künstlerin fröhlich bislang leicht glättete und vergaß. Sie lachte los, über die Welt, über sich selbst.

"Und vorhin waren Sie noch so lebhaft," seufzte sie hinzu.

Aber Unrat horchte. Plötzlich machte er einen heissen Sprung, wie eine alte Kugel. Die Künstlerin fröhlich entwich mit dünnen Aufstreichen. Unrat riß das rote Fenster auf ... Nein, der Kopf, dessen Unrat er hinter der Gardine bemerkte, war schon wieder weg.

Er kam zurück.

"Sie erschrecken ja die Leute," sagte sie. Er, ohne sich zu entschuldigen, ganz bei der Sache:

"Sie kennen wohl viele junge Leute aus dieser Stadt?"

Sie drehte sich leicht in den Hüften hin und her.

"Ich bin mit jedem höchst der anständig zu mir ist."

"Ich freilich. Da würde denn wohl. Und die Schüler vom Gymnasium haben im allgemeinen kaum recht gleicher Güte?"

"Ja, glauben Sie denn, ich sitz hier täglich mit Ihrer ganzen Schultube? Ich bin doch keine Kindergartenin."

Das hörte wiederum zwar nicht.

Nachdenken, in mahnsendem Ton:

"Meistens tragen Sie Mützen."

"Wenn Sie Mützen tragen, kann' ich sie. Überhaupt ist man ja nicht ohne Erfahrung."

Er griff an:

"Rein, das sind Sie wohl sicherlich nicht."

Sofort segte sie sich zur Wehr.

"Wie meinen Sie das, bitte?"

"Ich meine Menschenkenntnis —"

Er schrie ihr die Fläche einer erhobenen Hand zu, erschreckt und um Frieden bittend.

"Menschenkenntnis meino ich."

Nicht jeder hat die; die ist schwer — und bitter."

Um Ihre Kunst nicht zu verlieren, um sich ihr zu nähern, weil er sie brauchte, weil sie ihm Furcht mache, gab er etwas von sich preis, mehr als sonst das Volk zu sehen verlängerte.

Und bitter. Erkannt aber filterwahr muß man sie haben, um sie sich dienstbar zu machen und, sie verachtend, über sie zu herrschen."

Sie hatte verstanden.

"Nicht wahr? Is das 'ne Kunst, aus dem Pack was rauszuschlagen!"

Sie zog sich einen Stuhl heran.

"Haben Sie ne Ahnung von dem Dasein. Heute, der hier rein kommt, meint, man hat bloß auf ihn gewartet. Alle wollen was, und nachher, das glaubt man gar nich, droht einer womöglich mit der Polizei. Sie —"

Und sie berührte mit der Fingerspitze sein Knie.

"kommen einem mit der gleich vorher. Das hat was für sich."

"Die einer Dame geschuldeten Scherbietung wollte ich dadurch keineswegs verleihen," erklärte er.

Sie war nicht heimlich. Diese blonde Frauensperson sprach von Dingen, in die er nicht mit seiner gewohnten Klarheit einbrang. Lieberdies befanden sich ihre Augen nun schon zwischen seinen eigenen. Sie merkte, daß sie auf dem Wege ihm zu mißfallen war, und machte auf einmal ein stilles, verlinftiges Gesicht.

Do läßt man lieber den ganzen Dreck und bleibt anständig."

Da er nichts einwendete:

"Hat der Wein schön geschmeckt? Den haben nämlich Ihre Schulungen gestiftet. Die legen sich mächtig ins Zeug, sag ich Ihnen. Einer ist bet, der hat Pinke-Pinke."

Sie goß ihm sein Glas nochmals voll. Im Wunsch, ihm zu schmeicheln:

"Ich lach mir ja 'n Mist, wenn die Bengels nachher wieder kommen, und Sie haben Ihnen alles weggepeitscht. Mich kann es manchmal freuen, wenn einer irgendwie zu Schaden kommt. Man wird allmählich so."

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Tristan und Isolde. Am Sonntag, nachmittags 1/4 Uhr, trat der Dresdner Rezitator Friedrich Chishard im Saale des städtischen Kaufhauses auf Veranlassung des Arbeiterbildungsinstituts Gottfrieds von Straßburg Epos Tristan und Isolde vor, wie es Wilhelm Herz übertragen hat. In diesem Werk erhält einst die alte felsische Sage von dem berühmten Liebespaar in deutscher Sprache die Gestalt, in der sie fortleben sollte — vielbewundert und auch vielgescholten; denn wie es, was uns heute wundernimmt, geschehen konnte, daß bald nach des Dichters Tod ein sein Werk als Jugendlektüre empfohlen, so fehlten auch die nicht, die es als unfristlich verloren, wie das jeder starken Dichtung widerfährt, die Liebesleidenschaft huldert und preist. Um so eher aber konnte das Meister Gottfried von Straßburg geschehen, als er ein Meister einschmeichelnder, oft tödender Form war, der durch die Freiheit des Ausdrucks und der Auffassung seinen Zeitgenossen speziell modern erscheinen mußte. Wir wissen von ihm nicht viel mehr, als daß er ums Jahr 1210 gestorben ist, noch ehe er sein Werk vollendet hatte, können nicht sagen, was er sonst noch gedichtet, auch nicht, ob er Bürger oder Litter war. Aber das erscheint wir aus seinem Gedicht, daß er mit ritterlichen Bräuchen wohl vertraut war und daß er seine Höre in ritterlichen Kreisen suchte. Sein Gedicht bezeichnet einen Höhepunkt höfischer Dichtung, die im Gegenzug steht zu dem Volksepos, das seinen Stoff aus der im Volke fortlebenden Sage schöpft. Gottfried bearbeitete eine französische Gestaltung der Sage von Tristan und Isolde für die vornehme Welt seiner Zeit, die in dem Werk einen Spiegel ihres Lebens, Denkens und Fühlens erblieb. Er dichtete für Herrenmenschen, die Frauenkultus trieben und sich auf Frauenliebe verstanden; zu ihnen sprach er als Kenter des menschlichen Herzens, der erfahren war in allen Künsten des Liebesspiels, als ein Meister, der sich auf diesem Gebiet auskannte und nicht verfehlte, daß er erfahren war. Und er sprach kunstvoll und doch zugleich raffiniert einfach und gewandt in einschmeichelnder Weise, die den Herren und Damen in gleicher Weise behagte.

Seiner Meisterschaft der Darstellung ist es zu danken, daß sein Werk von allen höfischen Epen des Mittelalters heute noch das ansprechendste geblieben ist. Wer den Geist des höfischen Epos erfassen will, der liegt noch heute vor allem sein Gedicht. Und daher ist es auch nicht zu verwundern, daß ihm die gewandtesten, frischeste Übertragung ins Neuholdendeutsche zuteil geworden ist. Nachdem sich andre mit mehr oder weniger Glück an Übertragungen versucht hatten, hat der formgewandte und gelehrt Wilhelm Herz eine Nachdichtung geboten, die in ihrer Art klassisch ist und vorlebteilen wird. Aus dieser Nachdichtung wird Herr Chishard, der sich als Vortragemeister einen Ruf erworben hat, am Sonntag vorstellen.

Konzerte. Die vorgeführte zweite Kammermusik des Arbeiterbildungsinstituts im Gewandhaus war wie die erste völlig ausverkauft. Die Zuhörer folgten dem Spiel der Herren Wollgang, Wolfske, Herrmann und Mengel mit der gespanntesten Aufmerksamkeit, und die Aufführung der drei Ouvertüre von Schumann (A-Dur), Mendelssohn (C-Moll) und Schubert (D-Moll) entsprach, soweit ich ihr folgen konnte, durchaus dem Ruf des vorzüglich in allen vier Instrumenten aufeinander eingestimmten Gewandhauses.

quartette. Neben die Werke selber ist in den Erläuterungen zum Programm und auch in dieser Stelle erst kurzlich gesprochen worden, so daß man sich heute mit der kurzen Feststellung eines allseitig beliebten Verlaufs des schönen Abends begnügen kann. Eine besondere Erwähnung verdient der Vortrag des neidischen E-Dur-Scherzos des Mendelssohnischen Werks, das man nicht gleich wieder so sehr abgetont hören wird.

Im Februarhalbjahr gab zur gleichen Zeit der schwedische Geiger Bruno Ebbjörn ein Konzert. Der junge Künstler wird von seinem Berliner Geschäftspartner mit einer blendenden Pelleme angestündigt, er soll jedoch "gemacht", will sagen durchgesetzt werden, aber leider ist Ebbjörns Königin nur dazu angeleitet, die auf solche Art hochgespannten Erwartungen zu enttäuschen. Weder sein Vater noch seine Linie hand können den Anspruch erheben, von einem Meister geführt zu sein. Der Künstler zeigt vorläufig wie ein begabter, eben aus der Lehre entlassener Schüler und zeigt keinerlei Eigenschaften, die auf eine geniale geistige Weiterentwicklung deuten könnten. Technisch war sehr vieles noch an seinem Spiel auszulegen, wenn auch manches davon Zeugnis gab, daß es hier Fleisch und Ausdauer noch zu etwas bringen werden. Von Bachscher Kunst hat Ebbjörn, nach seinem Vortrag der Chaconne zu urteilen, keinen rechten Begriff; es mag schwedische Ausfassung sein, an die Stelle monumentaler Größe förmlichen Steinkunst des Rostos in dieses erhabene Musststück zu setzen, mit Bach hatte jedenfalls das, was Ebbjörn während auch in der Autononie recht mangelhaft bot, nichts zu tun. Etwa gläubiger war der Einindruck, den man von dem Vortrag des zweiten Violinkonzerts (A-Moll) von Tor Aulin, seinem Landsmann und Geigenkollegen, empfing, obwohl gerade da auch einzelne Stellen die Unzulänglichkeit der technischen Ausbildung darstellen und der Begleiter Will Erik Hagberg seiner Ausgabe nicht gewachsen war. Das Konzert Aulins ist gute, brauchbare und dankbare Arbeit; es würde sich wohl lohnen, es einmal an Stelle des übermäßig beliebten Bruchschens von einem guten Geiger zu hören. Schwedisch ist an ihm nichts, Tor Aulin ist ja auch durch die deutsche Schule gegangen.

An dem musikalisch-literarischen Abend, der am Dienstag ins Kaufhaus vor sehr stark besetztem Saale stattfand, wurde vielerlei geboten. Ernst Voßomy sang, von seiner Gattin begleitet, Liebes des Dresdners Hans Herrmann und im Verein mit Mignon Gers. Duette des Dresdners Karl Penzaur, der bei seinen Stücken am flüssig sah. Prof. Joseph Penzaur spielte Chopin und Liszt in seiner meisterlichen, durch und durch befehlten Weise, vom Publikum rauschend gefeiert, so daß er ein inniges, von wehmüdig-glücklicher Erinnerung durchwobenes Stück von der Komposition seines Vaters, des verdienstvollen Dinsdrucker Universitätsmusikdirektors, zugab. Mignon Gers hat vor etwa zwei Jahren bei ihrem ersten Auftritt als Sängerin Hoffnungen erweckt, die sich leider jetzt arg getäuscht haben. Sie hat sich vielleicht ohne anleitende Aufsicht, eine Tongabe angewöhnt, die zum Klimax der Stimme führen muß, wenn nicht bald eine gesündere Methode wieder zu Hause kommt. Mit hochgeschraubtem Kehlkopf läßt sich nun einmal kein fest, klarer Gesangston erzeugen. Gustav Herrmann bot in seiner Bekannten, ein wenig schmalzigen, aber geschickten naturalistischen Vortragart eine Reihe eigener Gedichte, neue und schon älter gehörte, die ihre Wirkung auf das Publikum nicht verfehlten. Seine "Liebes im Volkston" sind freilich nur eingebildeter, mancherl vollständlich; übermäßig viel bildhafter Ausdruck und das Vorwählen intellektueller Idee nehmen ihnen, wie auch den andern Gedichten, oft den natürlichen, also einzige poetischen Charakter.

Gustav Klimt, der Wiener Maler, der einst vielumstritten war, ist am Mittwoch gestorben, im 58. Lebensjahr. Ursprünglich Kunstmaler, hatte er sich bereits durch eine Reihe lapidaristischer Maleireien bekannt gemacht, als er sich Ende der neunziger Jahre

Neues Theater.

Augustusplatz. (Gerntrau 1415.)
Freitag, den 8. Februar 1918
10. Antritts-Dorstellung (2. Folge, zweit.
Wieder!)

Mona Lisa.

Oper in 2 Akten vom Beatrix Dovoda. Muft von Max. Schilling.
Musikal. Leitung: Hugo Lanz. Simon. Wöhneit. Oberpieler. Dr. Zest.
Personen der ersten und letzten Scene: Ein Fremder (Kurt Wolff);
Eine Frau (Mina Sanden); Ein Laienritter (Hans Ullmann);
Personen des übrigen Theaters: Messer Francesco del Giacomo (Ernst
Löschke); Messer Pietro Amonti (Hans Müller); Messer Artigo
Löschke (Eugen Albert); Messer Alfonso Beneventi (Wilfred Vogel);
Messer Malolino (Ferdinand (Emil Herbeling)); Messer Sandro da
Uzzano (Eduard Hopf); Messer Giovanni de Galvani (Hans
Ullmann); Mina Florbalta; Gallin des Francesco (M. Sanden);
Mina Ginevra ab Alter Rocca (Else Schulz-Dornburg); Diana, a
Francesca's Tochter aus erster Ehe (Editha Borchers); Di-
carlo, Sohn der Mina Florbalta (Elo Städleger).
Pause nach dem 1. Akt.
Kartenpreise. Eintritt 50,- Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.
Schülerkarten ungültig.
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Gerntrau 1416.)
Freitag, den 8. Februar 1918
Wieder!

Meine Frau, die Hoffnungsspielerin.

Zwei Akte in 3 Bildern von Alfred Möller und Robert Goda.
Inszeniert von Schauspieler Hermann Rudolph.
Personen: Dr. Kurt Reichberg, Schauspieler (Erich Kell); Maria
Reichberg-Mallot, Schauspielerin, seine Frau (M. Otto-
Mergenthaler); Else, seine Schwester (Ericha Reitn); Willi Straub,
Marktwarenhändler (Wilhelm Engels); R. Hofmuth, Dienstbot;
Eva (Erich Helmrich); Erich Wolfson, ehem. phil. (Emil Meissner);
Eduard Höppner, Rentier (Aarl Hult); Walter Eggersdörff, Ober-
pieler (Willi Hellmuth-Wurm); Theo Mandl, Schauspieler (Oskar Berger);
Doris Burg, Schauspielerin (Mira Ott); Erna Lind, Schauspielerin (Viktoria Straub); Zeitl. Neudörfer, Opernländer (Aarl
Hult); Ullmann, Justizrat (Hans Schäfer); Helmut, Dienst-
dr. Dr. Reichberg (Hans Behr).

Pause nach dem 2. Akt.

Gewöhnl. Preise. Eintritt 50,- Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.
Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Neues Operetten-Theater.

Festlichkeit. (Gerntrau 281.)
Freitag, den 8. Februar 1918
Kein Kartenverkauf.

Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Leipziger Schauspielhaus.

Goppenstr. 17/19. Direktion: Erich Niedweg. (Gerntrau 1060)
Freitag, den 8. Februar 1918
Gefasste Menschen.

Drama in 5 Bildern von Gerhart Hauptmann.
Im Ersatz gespielt von Erly Niedweg.
Personen: Vorderer (Wernhard Bühnenholt); Frau Vorderer (Stella
David); Heinrichs Vorderer (Paul Mederow); Nähe Vorderer
(Gertrude Langbecker); Braun (Hans Leibelt); Anna Wahl (Ema
Carlova); Posttor Rollin (Jul. Denzel); Hans Lehmann (W. Krüger-
Michelis); Anna (Emilia Winterberg); Hausmädchen (Wibben
Schöder); Hinterfrau (Hanna Gräfin); Wagnersleiter von der
Bahn (Konrad Bachmann).
Bei der Handlung: Friedensbühnen bei Berlin.
Pause nach dem 2. Akt.

Gewöhnl. Preise. Eintritt 50,- Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.
Dunkeln. und Jährlinge haben Gültigkeit.
Die Tageskasse ist geöffnet montags von 10-2 Uhr. Sonntags von
11-2 Uhr.

Battenberg-Theater

Freitag, den 8. Februar 1918, abends 1/2 Uhr, zum 28. Male:

Die Frau des Adjutanten

Schauspiel in 7 Aufzügen von Fr. Lehno.
Nachm.: „Peterie, der Schusterbub.“
Abende: „Die Frau des Adjutanten.“
Kartenvorverkauf an den Tageskassen von 10-2 Uhr.

Krystall-Palast

Theater. (Fersapr. 2071)

Sensationelles Gastspiel der berühmten
Universal-Künstlerin
Erna Offeney
mit ihrem grossen Ballett.
Anfang 7 1/2 Uhr. Dutzendkarten 7.- M.

Battenberg

Täglich abends 1/2 Uhr

Der vorzügl. Februar-Spielplan

Tageskasse von 10-2 Uhr und Zigaretten-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—